

Die zweite Resolution fordert ein Ausnahmegesetz gegen die Angehörigen der bewaffneten Macht und eine nicht zu restituerende Sonderstrafurteilung wegen eines Vergehens gegen die allgemeinen Strafgesetze, das auch von Angehörigen anderer Stände begangen wird. Die Dienststrafe ist eine Ehrenstrafe, die außer dem Verlust der Dienststelle und Uniform auch den Verlust der Pensions- und Hinterblebenenansprüche zur Folge hat. Eine solche Strafe gegen einen Offizier zu verhängen, der aus idealen Gründen sein Leben für den Schutz seiner angegriffenen Ehre einsetzt, wäre eine ganz ungerechtfertigte Härte, die sich mit den Grundzügen des Bürgerlichen und militärischen Strafrechts über die Verwirrung von Ehre entkräften im Widerspruch befindet.

Die Anstellung und Entlassung eines Offiziers unterliegt verfassungsmäßig der Entscheidung der Kavne.

Der Bundesrat kann sich also nicht dazu aufraffen, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um dem blödsinnigen Duellnug zu Ende zu machen. Er nimmt auf die in „weiten Kreisen“ über die Wahrung der verletzten Ehre herrschenden Ansichten Rücksicht. Sont wird den Teufel dann gefragt, wie weite Kreise des Volkes denken, wenn es sich um die Durchführung irgend eines Gesetzes handelt. Aber hier bestehen die „weiten Kreise“ aus den „Edelsten der Nation“, den Herren Offizieren und hohen Beamten und den Studenten, die sich in mehr oder weniger feudalen Verbindungen durch reichliches Knien und Saufen die nötige Weisheit zur Regierung des deutschen Volkes angueignen suchen. Und auf diese Leute wird in Preußen-Deutschland Rücksicht genommen. Vor ihren Standesvorurteilen muß die Gesetzgebung halmaiden, wenn auch die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes durch die milde Behandlung der Duellraufbolde in ihrem Rechtsempfinden aufs grösste verlebt wird.

Die Antworten des Bundesrats auf Wünsche des Reichstages.

Eine Übersicht der vom Bundesrat gesetzten Entwicklungen auf Beschlüsse des Reichstags ist dem Reichstage zugegangen. Wir entnehmen daraus folgendes: Nach den Entwicklungen werden Gesetzentwürfe vorbereitet zur Bekämpfung der Wandervorurteile betreffend die Unfallgefahr bei Arbeiten, die freiwillig zur Rettung von Personen vorgenommen werden, zur Bekämpfung der Schundliteratur, zur Bekämpfung des Antimperialismus. Aus den Entwicklungen seien die wichtigsten kurz wiedergegeben: Die Vereinbarung zwischen den deutschen Osteuropaerstaaten über gemeinsame polizeiliche Vorarbeiten zur Sicherung der deutschen Ostseestützpunkte ist dem Abschluß nörd. Unmittelbar nach Abschluss werden die Verhandlungen über eine internationale Vereinbarung eingeleitet werden. Die Bundesregierung sind erachtet worden, den Bestrebungen des Vereins für soziale innere Solidarisation zum Zwecke der Fürsorge für vorübergehende Arbeitslose vollständig Unterstützung zu gewähren. Auch sind dem Verein aus Reichsmittel nahesteht Beihilfen ausgeschüttet worden. Auf die Errichtung einer Reichszentralstelle für die Terrindustrie ist nicht zu rechnen, da sich verschiedene Bundesländer mit Gleichheit gegen jede Errichtung ausspielen haben. Die Bestrebungen auf soziale Erfordernisse und Regelung des Lohnes lassen sich ohne Rücksicht der beteiligten kirchlichen Ressorten nicht durchführen; da einige dieser Ressorten keine Bereitschaft gezeigt haben, auf die Reformwünsche einzugehen, so besteht keine Aussicht, die Anlegesicherheit mit Erfolg zu betreiben. — Die Gewährung freier Eisenbahnschaft für die Mitglieder des Reichstags während der Dauer der Legislaturperiode ist vom Bundesrat abgelehnt worden. Die Einrichtung einer obligatorischen Versicherung gegen Schäden infolge von Betriebsstörungen unterliegt erheblichen Bedenken. Ein dahin giebender Gesetzentwurf hätte deshalb kaum eingebracht werden. Einer Änderung des Reichsverfassungsgesetzes kann aus dem im Reichstage wiederholte dargelegten Gründen nicht nähergetreten werden. Eine gesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten des Gütekabinett personal erfordert nicht zweckmäßig, dagegen werden Bestimmungen erlassen werden, die eine Überarbeitung des Personals auslösen und ihnen austretende Ruhezeiten gewähren. Einer Reihe von Wünschen des Reichstags über Verbesserung der Dienstzeiten der Polizei am Lande und anderweitige Regelung der Gehaltsverhältnisse hat sich der Bundesrat in allen Fällen ablehnend gegenübergestellt.

Der Kreuzzettungs-Drehwurm.

Nachdem die Sechstagekriegszeit seit Jahren ihre verblüffende Wirkung ausübt, kommt endlich ein Teil der bürgerlichen Presse dahinter, daß dieser Aushang schon mehr Verbrechen denn Nutzen ist. Auch die Kreuzzeitung schwingt sich mit „Betrachtungen eines Nachdenklichen“ zu einem Artikel gegen den Sechstageblößling auf, geißelt das Unschöne der jüngst erst in Berlin abgeschlossenen Rennerei, somit dann nach einigen losen Gedankengängen auf die Urtüchen dieses Wahntisches zu sprechen und findet die Urtüchen in den sozialen Verhältnissen, werdet ihr denken? Nein, die Kreuzzeitung kennt nur eine Bunt alles Nebels: die Sozialdemokratie. Nachdem das flaschenbewußte Junfernorgan festgestellt hat, daß es eine Lumpenproletarische Massen sei, die die Krempläze besetzte und die durch die Jugendfürsorge gerettet werden müsse, heißt es:

„Kur wollen sie sich nicht retten lassen. Warum? Man leie das, was jahrs zehn Jahre von der sozialdemokratischen und der konservativen Presse, was in Versammlungen mit wahnunterm Überbetreibung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeit vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeit vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem Finger wird auf die Vergnügungspaläste der Großstadt deutet, wo die dumme Ausnimmengewöhnung gegen diese sozialen Zwangsmöglichkeiten vorgebracht wird. In gewissenloser Weise wird den Vätern und Müttern einer ungerauen, aus Kauheit und Gleichgültigkeit unausrogen gelassenen Brut vorgeredet, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen seien schuld an diesem Altruismus. Jeder entsprungene Fürsorgezögling ist ein kleiner Held, ein Opfer verfehlter Mahnmachen, und mit erhobenem

Parlamentarische Kommissionen.

Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Reichstags sah am Dienstag die Beratung über die Vermehrung der Ausgabe kleiner Banknoten fort. Genoss Ledebour erklärte sich gegen die Befreiung jeglicher Bindung in der Ausgabe kleiner Noten; die Regierung könne sehr wohl den Bedürfnissen entsprechende Grenze angeben.

Staatssekretär Delbrück wandte sich gegen die im Jahre 1906 zwischen Budgetkommission und Staatssekretär getroffene Vereinbarung, die der Regierung eine Bindung auferlegt. Die Vereinbarung sei eine staatsrechtliche Anomie, die jeder rechtlichen Grundlage entbehre und zu ganz unhalbaren Zuständen führen müsse. falls der Vortrag auch bei anderen Anlässen sich wiederholen sollte. Um zweckmäßiger sei, wenn die Kommission die Vereinbarung von 1906 löse, jede Bindung befreite oder, falls eine solche beibehalten werden sollte, die Grenze sehr hoch zu bemessen. Genoss Hoch erklärte es als wünschenswert, daß im Verleih das Papiergeld das Metallgeld mehr abschließe. Bedenklich im vorliegenden Falle sei die Bindung der erhöhten Notenausgabe mit Aussichten für den Kriegsfall. Die Regierung wolle eben für den Kriegsfall einen hohen Goldbestand haben. Wenn aber das Publikum die Gültigung der Noten in solch trauriger Zeit in hoher Weise verlangt? Reichsbankpräsident v. Hattenstein sagte zu, daß der Industrie ungeprägte Goldjuide in genügendem Maße zugesetzt werden. Die Ausdehnung des Kreditwesens sei verhindern mit der enormen, wirtschaftlichen Entwicklung. In seinem Lande der Welt gebe es eine Bindung für die Notenausgabe; Österreich habe eine solche gehabt, muhste sie aber unter dem Drange der Verbündeten ausscheiden. — Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde die Bindung bei der Ausgabe kleiner Banknoten aufgehoben.

Die Kommission trat sodann in die unterbrochene Beratung der Organisation des Reichsamts des Januar ein. Graf Beßert sprach ein, die sozialpolitische Gesetzgebungsmachine arbeite schnell und präzise genug. Er sei neugierig, welche Folgerungen die Sozialdemokraten aus der Schilderung des Staatssekretärs über die Schwierigkeiten ziehen werden, die bei Einbringung von Reichsgesetzen bestehen. Staatssekretär Delbrück war sehr erstaunt, daß seine Schilderung solches Aufsehen erregt habe. Er habe nur die Tatsachen geschildert, im übrigen müsse gefragt werden, daß die komplizierte deutsche Staatsmaschinerie sehr gut arbeite. Genoss Ledebour drohte zum Ausdruck, daß der heutige Zustand unbelastbar geworden sei. Seine persönliche Auffassung sei, mit den Bundesstaaten ist aufzuräumen, an ihre Stelle hat der deutsche Einheitsstaat zu treten, mit parlamentarischem Regime auf demokratischer Grundlage. — Damit erreichte die allgemeine Debatte ihr Ende.

Vom Zentrum wurde folgende Resolution eingereicht:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, die gezeigt sind, daß durch die sogenannte Valutazone herbeigeführten finanziellen Versteuerung des Kaffees entgegenzuwirken.

In der Debatte über diese Resolution brachte Genoss Molkenbuhr seine Verwunderung darüber aus, daß dasselbe Zentrum, das nur wenigen Jahren bei der sogenannten Steuereform und durch den Kollaps des Volkes den Kaffee erheblich verteuert hat, jetzt der Verteilung plötzlich entgegensteht. Wollen die bürgerlichen Parteien ernstlich eine Verbilligung des Kaffees, dann brauchen sie bloß den Kaffeezoll aufheben, der den Kaffeekonsum schädigt, ferner die Kaffee, die Kaffee ausführen, zu Repressalien gegen Deutschland veranlassen. Das erlebte wir jetzt mit São Paulo in Südamerika. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

In der Sitzung am Mittwoch besuchte sich die Kommission zunächst mit der höheren Subventionierung und Förderung der Seefischerei, für die 600 000 R., das sind 125 000 M. mehr, gefordert werden. Der Konservativ d. B. Höhendorf trat dabei für eine Erhöhung der Fischzölle ein, die Genoss Rosse energisch bestreitete. Der Zoll auf Fische müsse vielmehr schleunig bestellt werden, um gleichs der immer größeren Bedeutung, die der Fischkonsum erlangt habe. Wichtig sei, auf Mittel und Wege zu summen, um den Markt regelmäßiger versorgen zu können. Auch der Volkspartei Struve wendete sich lebhaft gegen die Fischzölle, worauf die erhöhte Summe bewilligt wurde.

Die Belastung des Reiches durch die Leistungen für die Reichsversicherungsordnung beträgt im nächsten Haushalt 57 120 000 M. 748 000 M. mehr. Hierzu beantragten die Genossen Molkenbuhr, Schellum, Rosse, Schöppi, Hoch, Sachse und Rauch die Annahme folgender Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, neue Berechnungen über die Belastung des Reiches und der Versicherten aus der hinterbliebenen Versorgung (Buch IV der Reichsversicherungsordnung) aufstellen zu lassen. Bei dieser Berechnung sind die jetzt gemachten Erfahrungen über Häufigkeit der Rentenberechtigung, die Höhe der erparaten Beitragsberechnungen und der Entäge aus der zur Durchführung der hinterbliebenen Versorgung herbeigeführten Beitrags erhöhung mit zu berücksichtigen.

Sollte sich ergeben, daß aus der Summe, die bei Schaffung der Sicherung als Belastung des Reiches angenommen ist, und den Enträgen, die den Versicherungsträgern durch Wegfall der Beitragserstattung erfordert und aus der Erhöhung der Beiträge für die hinterbliebenen Versorgung ausliegen, höhere Renten gewährt werden können, als in den §§ 1255, 1292, 1294 und 1296 vorge sehen sind, dann dem Reichstage schließlich eine Vorlage zugehen zu lassen, durch welche die Renten so weit erhöht werden, wie sie aus den verfügbaren Mitteln gezahlt werden können."

Genoss Molkenbuhr begründete eingehend die sozialdemokratische Resolution, die vom Regierungsvorsteher mit dem mestwürdigen Hinweis bestimmt wurde, auch neue Berechnungen können nur Wahrscheinlichkeitsberechnungen sein, die der Zuverlässigkeit entbehren. Galt nach langer Zeit seien aus der Praxis zuverlässige Unterlagen zu gewinnen. — Gegen diese Auffassung und für die sozialdemokratische Resolution traten Redner des Zentrums, der Volkspartei und der Nationalliberalen ein. Die letzteren regten an, die Berechnungen um ein Jahr zu verschieben, um auf der Grundlage zweijähriger praktischer Erfahrungen Berechnungen anstellen zu können. Die sozialdemokratische Resolution, in die die nationalliberalen Anträge aufgenommen worden waren, fand einstimmige Annahme.

Ein Antrag Erzberger, neben den von den Sozialdemokraten geforderten Berechnungen eine Statistik unter den Versicherten aufzunehmen, wurde abgelehnt.

Genoss Rauch beantragte, die Unterstützung der Familien der Friedensläden eingesetzten Mannschaften künftig sole folgt zu bemessen:

Die täglichen Unterstützungen sollen betragen: a) für die Ehefrau 30 Prozent des täglichen Verdienstes des Eheverufens, b) für jede der sonst unterstützungsberechtigten Personen, einschließlich etwa vorhandener unehelicher Kinder, 10 Prozent des täglichen Verdienstes des Eheverufens, mit der Abzug, daß der Gesamtbetrag der Unterstützung 60 Prozent des Betrages des täglichen Verdienstes des Eheverufens nicht übersteigt."

Die Regierung widersprach, weil jährlich Hunderttausende einzuziehen werden, für die der tägliche Verdienst zu ermitteln enorme Unzulänglichkeit würde. Von volksparteilicher Seite wurde der im Haushalt enthaltene Gedanke der Erhöhung der Unterstützung gutgeheissen, ebenso von Zentrum und Sozialdemokratie. Genoss Rauch zog seinen Antrag bis zur Beratung des Militäratals zurück.

Das Mandat des Reichsverbandlers v. Liebert.

Am Mittwoch besuchte sich die Wahlprüfungskommission mit der Wahl des Reichsverbandlers Generalleutnant a. D. v. Liebert (14. lützowischer Wahlkreis Dorna-Pegau). Liebert siegte in der Stichwahl mit 13 081 Stimmen gegen 13 088 Stimmen, die auf den Genossen Außel Leipzig entfielen waren. Gegen diese Wahl sind zwei Proteste und drei Gegenproteste beim Reichstage eingegangen. Die Prüfung war äußerst zeitraubend; sie füllte eine Sitzung vollständig aus. Zunächst einmal wurde beschlossen, Beweis darüber zu erheben, ob eine Anzahl namentlich bezeichnete Wähler, die nach Ausweis der Wählerlisten gewählt haben, keine deutschen Reichsangehörigen sind. In mehr als dreihundert Fällen sind die Nachträge in den Wählerlisten beanstandet worden. Neben jedem einzelnen Fall wurde beklagt, daß die Wählern in den betreffenden Orten angezogen sind. In allen Fällen, in denen der Zugang nach dem 22. Dezember 1911 erfolgte, war die Eintragung unberechtigt. Die Stimmen dieser Wähler werden dem Gewählten abgezogen. Die Kommission beschloß einstimmig, die Beschlussfassung über die Gültigkeit der Wahl auszulegen und Beweiserhebungen vorzunehmen. Der Reichsverbandler hat noch eine Mehrheit von neun Stimmen, die ihm durch die Beweiserhebungen bestimmt wurden, geben werden. Herr v. Liebert gewinnt noch eine Galgenstrafe, fliegt dann aber um so bestimmter.

Parteianlegenheiten.

Sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher
In Wienburg (Anhalt), wo unsere Genossen im Gemeinderat in der Mehrheit sind, wurden die Genossen Eichle zum Stadtverordnetenvorsteher und Knoll zu seinem Stellvertreter gewählt.

In Wienburg (Anhalt) wurde Genoss M. Günther zum stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher gewählt.

Gegen die Arbeiterjugendbewegung.

In Essen wird die organisierte Arbeiterjugend hart bestraft. Gleich zwei Strafmandate erhielt der Kreisvertrauensmann der freien Arbeiterjugend des Essener Kreises, der Genoss Rabbi. Einmal, weil er eine öffentliche Jugendveranstaltung abgehalten und dann, weil er ein politisches Jugendfest veranstaltet haben soll. Die Genossin Gumprecht wurde ebenfalls mit einem Strafmandat bedroht, da sie auf dem Jugendfest rezitiert und als Leiterin des Festes die Teilnehmer aufgefordert hatte, sich zu Ehren der Opfer der Arbeit auf der Zeche Voßhagen von ihren Plätzen zu erheben. Dadurch sollte das Fest den Charakter einer politischen Kundgebung erhalten haben, an der Jugendliche unter 18 Jahren nicht teilnehmen dürfen. — Auf beantragte richterliche Entscheidung hat jetzt das Essener Schöffengericht den Genossen Rabbi zweimal mit je dreißig Mark und die Genossin Gumprecht mit zehn Mark Geldstrafe belegt. Für den Genossen Rabbi fiel „erleichternd“ ins Gewicht, daß er wegen „gleicher Delikte“ schon vorbestraft ist.

Von der Parteipresse. Das polnische sozialdemokratische Parteiorgan Preußens, die „Gazeta Robotnicza“ (Arbeiter-Zeitung) in Katowitz, das bisher dreimal wöchentlich erschien, hat den Titel „Tajniak Robotnicza“ (Arbeiter-Tageblatt) erhalten und erscheint seit dem 1. Januar täglich.

Neues aus aller Welt.

22 000 M. Belohnung zur Ergreifung Sternicels.

Ein interessantes Kapitel ist die Frage der Verteilung der auf die Ergreifung Sternicels ausgeschworenen Belohnungen, die eine bedeutende Höhe erreicht haben. Seitens schon früher bekannt war, daß Sternicel als Täter von verübten Verbrechen in Frage kommt, sind auf seinen Kopf 10 000 R. Belohnung ausgesetzt. Dazu kommen noch die Summen, die zur Aufklärung jener Verbrechen ausgezahlt sind, von denen die Täterhaft Sternicels bisher nicht bekannt war, wie der Liegnitzer Mord, des von uns angedeuteten Berliner Raubmordes, des Doppelmordes an dem Chorister im Zeller Los und eines achtjährigen Raubmordes mit nachfolgender Brandstiftung an der deutsch-russischen Grenze. Jarpani sind auf alle diese Verbrechen etwa 22 000 R. Belohnung ausgezahlt. Bei der Verteilung dürfte von Privatpersonen neben einigen Landwohnern in erster Linie die Bürgersfrau in Frage kommen, bei der Sternicel nach dem Letziger Mord erschien, um Broto zu kaufen, und der er sagte, daß er fälschlich wegen Brodes verfolgt werde, worauf die Frau die Behörden aufmerksam machte und dadurch die baldige Verhaftung des Mörders ermöglichte. Auch dem Berliner Gaswirt Lehmann, der die Verhaftung der drei Berliner Komplizen ermöglichte und gleichfalls die Fährt auf Sternicel lenkte, steht ein Teil der auf Sternicels Kopf ausgeschworenen Belohnung zu.

Untergang eines Schiffes.

Swinemünde, 15. Januar. Der schwedische Schoner Axel ist heute nachmittag nach der Abreise von Swinemünde 6 Meilen von hier entfernt gesunken. Dem dänischen Dampfer Veira gelang es, die Bejahrung zu retten und an Bord zu nehmen. Das Schiff ist gänzlich verloren.

Wieder eine Spionageaffäre.

Posen, 15. Januar. In Ostrowo wurde der Bahnhofsheizer Swinemünde aus Staatsgefahr in das Justizgefängnis eingewiesen, da er im dringenden Verdacht der Spionage steht. Am Freitag des Verhafteten wurden zahlreiche Zeichnungen und Karten aufgefunden.

Verhaftung des Eigentümers Ebener.

Marburg, 15. Januar. Der Geschäftsmann Wilhelm Ebener, der Vater des 8. Körpers Romanus, kam, auf dessen Ergreifung eine Brüder von 5000 R. gestellt war, verhaftet.

Die Soldatenkrankungen in Mainz.

Mainz, 15. Januar. In den Erforschungen bei dem 87. Infanterie-Regiment melden die Mainzer Zeitungen, daß am 30. Dezember ein Mann dieses Regiments eine Sendung schworen, von zu Hause erhielt, von denen er an drei andere Kameraden abgab. Einer von diesen ist am gleichen Tage nach Hanau abgereist, dort erkannt und gestorben. Bei der Sektion stellte es sich heraus, daß Parathoxaphil die Todesursache war. Die anderen zwei Erforschten waren in das nächste Militärlazarett, wo sie sich noch heute befinden. Sie sind außer Gefahr und werden in einigen Tagen das Lazarett verlassen können.

Durch elektrischen Strom verlegt.

Stralsund, 16. Januar. Auf dem Fernsprechamt wurden gestern zwei Beamten durch Starkstrom der elektrischen Lebendverbandstafel schwer verletzt. Eine dritte kam mit leichteren Verhüllungen davon.

Schiffsunfälle.

London, 15. Januar. Auf dem in Stettin beheimateten deutschen Dampfer Werner Kunzmann, der gestern abend bei Gossow auf Grund geraten war, brach Feuer aus, das fünf Stunden wütete. Die kurz vorher bei niedrigem Wasserstand auf Land gegangen war, konnte nicht wieder an Bord gelangen. — Wie aus South Shields gemeldet wird, ist die russische Yacht „Barbar“ Kalifornien bei den St. Marys-Inseln, sechs Meilen vom Land entfernt, bei Nacht auf Grund geraten und sofort in Stücke gebrochen. Der Kapitän und sieben Männer wurden aus den Flutten gerettet, zehn Mann sind ertrunken.

Wetterbericht vom Wetterblatt an der Friedrich-August-Brücke vom 16. Januar, mittwoch 12 Uhr.
Barometer 750. Überdrücklich.
Thermometer -2°, R.
Thermometergrap: Min. -4°, Max. -3°.
Dripgrometer 68°.
Wasserstand -188 Zentimeter.

Prognose der löslichen Sonnenwetterwerte

für den 17. Januar.

Südliche Winde; wölfig; leichter Anstieg der Temperatur; zeitweise Schnee.

Wetterlage: Von dem gestrigen Tief ausgehend, setzt sich eine Hochwarenausbuchtung nach Osten zu fort, die nach über Ostdeutschland erkennbar und wirksam ist. Der Einfluß dieser Hochwarenausbuchtung besteht zunächst in der Drosselung des Windes nach Süden und Norden. Ost- und Mitteldeutschland haben noch Frost. Im Westen Deutschlands herrscht bereits trübes, mildes Wetter. Die weitere Ausbildung der Hochwarenausbuchtung, die zu erwarten steht, wird auch in Mitteldeutschland erneuten Anstieg der Temperatur und auch Niederschlag bringen, meist Schnee.

Letzte Nachrichten.

Ein schwerer Unfall ereignete sich heute mittag auf dem Platz. Ein den Platz passierender Mann stürzte plötzlich auf das Straßenpflaster nieder und verlegte sich dabei so schwer, daß er im Automobil nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Aus seinen Papieren wurde festgestellt, daß der Verleger Gustav Glauk heißt.

Taschenlader hatten sich am Mittwoch vormittag den Präsidienten der Gesellen Kammer, Grafen Bischlum v. Schäßburg, zum Opfer erstochen. Als er auf dem Wege vom Hauptbahnhof in ein Haus an der Brüderstraße eintrat, bemerkte er, daß ihm der Pelz mit einem scharfen Messer an der einen Seite dort, wo die Taschen sind, ein langes Schild aufgeschnitten war. Gelangt hat der Täter nichts, wahrscheinlich konnte er nicht fertig „arbeiten“.

Dresdner Polizeibericht vom 16. Januar.

Ein Schwindler suchte Zeithaber und hetzte sich zu diesem Zwecke bei Vermittlern Adressen von Personen zu verschaffen, die selbst einen Zeithaber suchen. Beide (Vermittler und Suchende) hat er durch Vorzeigen eines gesäulichen Depositionscheines einer Reichsbahnpost über 50 000 R. zur Vergabe von Postlehen zu bestimmen verstanden und diese so betrogen. Der Schwindler, der sich Joseph Roth und Max Neumann nennt, ist jetzt 45 Jahre alt, 1,80 Meter groß, anscheinend Judentum, hat schwarzes Haar und Schnurrbart und trägt einen dünnen Mantel mit schwarzen Krempeklappen und schwarzen Fäusten. Zu seiner Begleitung befand sich eine kleine, etwa 24 Jahre alte Frauensperson, die mit einem weißen gestickten Jäckchen, braunem Pelztragen, schwarzem Schalem Samt und mit schwarzer Seide und kleinen Straußblumen garniert, bekleidet war. Diese spricht vogtländischen Dialekt. Es wird gebeten, den Aufenthalt des Schwindlers dem nächsten Polizeibeamten mitzuteilen.

Letzte Telegramme.

Der französische Präsidentschaftskampf.

Paris, 16. Januar. Der Wahlkampf um die Präsidentschaft der Republik dürfte sich diesmal ganz besonders heftig gestalten. In der nach der gestrigen ersten Probeabstimmung stattgehabten Versammlung der Abgeordneten kam es zu sehr scharfen Auseinandersetzungen. Mehrere Deputierte, darunter der ehemalige Minister Augagneur, sprachen sich in entschiedener Weise für die Kandidatur Poincaré aus und kritisierten die Politik Voynovics überaus heftig. Die Abgeordnete Poincaré erhoben gegen diese Angriffe lebhafte Einsprache. Es entstand ein so stürmischer Wortwechsel, daß man einen Augenblick lang Tätschelheiten befürchtete. In der Gruppe der demokratischen Abgeordneten forderte der ehemalige Ministerpräsident Combes seine Partei ein, einstimmig für die Kandidatur Poincaré zu stimmen. Er stieg hinzu, daß die Republikaner unmöglich für Poincaré einzutreten könnten, der nur in den Kabinetten der Rechten Ministerposten besetzte. Aussichten erregte es, als der Senatspräsident Dubost seinen Bericht zugunsten der Kandidatur Poincaré mit den Worten abgelehnt, daß er hiervon gegen die offizielle Kandidatur protestieren wolle, deren Opfer er sei. Von mehreren gewählten Abgeordneten wird gemeldet, daß Dubost zu seinem Bericht den Clemenceau gerufen und gesagt worden sei. Das Ergebnis des zweiten Wahlganges wurde sowohl von den Freunden Poincaré wie von Poincaré mit großer Freude aufgenommen. Nunmehr ist man in parlamentarischen Kreisen vielfach der Ansicht, daß die Abgeordnete Poincaré besser sind. Ein Senator und ehemaliger Minister erklärte einem Berichterstatter des Echo de Paris, er glaube, daß Poincaré mit 440 Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt werden dürfte. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß nach dem dritten Wahlgange eine neue Kandidatur austreten könnte.

Die zurückgehaltene Note der Verbündeten.

London, 16. Januar. Wie einige Zeitungen melden, haben die Delegierten der verbündeten Balkanstaaten beschlossen, vorläufig davon abzusehen, die geplante Note an die Pforte zu richten. Sie finden, daß die Diplomaten der Mächte diesen Schritt einstimmig und entschieden missbilligen. Nach einer Unterredung Dr. Danew mit dem französischen Botschafter beschlossen sie, zu warten, bis die Note der Mächte im Konfrontationspiel überreicht werden sei.

The Times schreibt: Die Friedensverhandlungen sind immer noch suspendiert, aber sie waren in den letzten 48 Stunden dem Abbruch gefährlich nahe. Es gibt Kriegsparteien in einigen Balkansta

Öffentliche politische Versammlung.

Wilsdruff u. U.

Sonntag den 19. Januar 1913, nachmittags 3 Uhr

Öffentl. Frauen-Versammlung

im Schützenhaus in Wilsdruff.

Tages-Ordnung:

Die Befreiung der Frau durch den Sozialismus.

Referentin: Frau Elisabeth Röhl, Berlin.

Brauen und Mäbchen der Arbeiterklasse erscheint massenhaft in dieser wichtigen Versammlung! Die Frau selber am schwersten unter der Unzufriedenheit der Bevölkerung. Die Frau ist jetzt eine politische Elbin. Die Frau will den Kampf aufnehmen, um sich wirtschaftlich und politisch zu befreien.

Auf in die Revolution! Frauen und Männer, erscheint in Massen!

Zutritt haben alle Personen, die über 18 Jahre alt sind.

Einberuferin: Hedwig Kurt, Dresden, Kronprinzenstraße 48.

Öffentliche politische Versammlung.

Lockwitz

Sonntag den 19. Januar, nachmittags 2½, Uhr, im Unteren Rathaus

Öffentliche Einwohner-Versammlung

Tages-Ordnung:

- Arbeiterklasse und Kommunalpolitik. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Winkel.
- Bericht der Gemeindevertreter über die Tätigkeit und die neue Zusammensetzung des Gemeinderates.

Die überaus große Bedeutung der Tagesordnung veranlaßt uns, an alle Einwohner die dringende Bitte zu richten, in dieser Versammlung zu erscheinen. Auch seien hiermit die Herren Gemeindevertreter eingeladen. — Freie Ausdrucks für jedermann.

Der Einberufer: Otto Kampf.

Soziald. Verein Dresden-Alst.

Freitag den 17. Januar, abends 8½, Uhr

Gruppen-Versammlungen

- Gruppe: Restaurant Burgkeller, Jüdenhof 1
Vortrag des Genossen Richter: „Ist Religion Privatsache?“

- Gruppe: Restaurant Starke, Böllnerstraße 35
Vortrag des Genossen Weiß: „Mathusianismus.“

- Gruppe: Adams Restaurant, Naulbachstraße 16
Vortrag des Genossen Dachsel: „Gewerbl. Kinderschutz und das Kinderbeschützungsamt.“

- Gruppe: Braunschweiger Hof, Freiberger Platz
Vortrag des Genossen Sud: „Die Verwaltung einer Großstadt.“

- Gruppe: Dresdner Volksheim, Nienbergstraße
Vortrag des Genossen Weiß: „Streifzüge in das Gebiet der Reichsversicherungs-Ordnung.“

- Gruppe: Restaurant Vormann, Schnorrstr. 62
Vortrag des Genossen Stahmann: „Parliamentarismus und Sozialdemokratie.“

- Gruppe: Sport-Ede, Pfeuhauerstraße 77

- Gruppe: Restaurant Kühnel, Zwicker Straße 31
Vortrag des Genossen Fischer: „Die Verwaltung einer Großstadt.“

Vorstands-Bericht.

Der Vorstand.

Gesang-Verein Frohsinn (gem. Chor), Denken.

Mitglied des Arbeiter-Sänger-Bundes v. Grund.

Sonnabend den 18. Januar 1913, in Dresdner Gasthof in Oberweitzig

Großes Konzert

verbunden mit humorist. Vorträgen. Nach dem Konzert: Feiner Ball.

Hierzu laden ergebnisfrei ein.

Der Vorstand u. Max Besser.

B.S.A.G.

A.B.A.G.

Sächsische Angelegenheiten.

Die sächsischen Sparkassen.

Das 44. Ergänzungsbuch der Lübinger Gesellschaft für gesellschaftswissenschaftliche enthielt eine Arbeit von Dr. G. Broed über das Sparkassenwesen im Königreich Sachsen. Broed untersucht hier die Geschichte der sächsischen Sparkassen, die Stellung des Staates hierzu und ihren heutigen Stand. Er verlautet festzustellen, welche Bevölkerungsschichten ihr Geld auf die Sparkassen tragen, sowie die Liquidität und Rentabilität der Sparkassen dargestellt. Seine Aufgabe steht er darin, die vereinzelten Nachrichten über das Sparkassenwesen so zusammenzufassen, daß wir Umfang und Zusammenhang der Einzelheiten sowie den Aufbau und die Entwicklungslinie des Gangen zu erkennen vermögen.

Was interessiert die Frage, aus welchen Gesellschaftsklassen sich die Sparten rekrutieren? Die darüber angeführten Untersuchungen Broeds wollen wir im wesentlichen wiederholen. zunächst aber einige Tatsachen über die Entwicklung und den heutigen Stand des Sparkassenwesens in Sachsen.

Sparassen treffen wir schon in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts an; bereits 1765 wurde in Braunschweig die „herzogliche Leihfasse“ errichtet. Die Anfänge des sächsischen Sparkassenwesens fallen aber bedeutend später. Die erste sächsische Kasse wurde 1818 in Königstein gegründet. Bis 1840 war indes die Entwicklung des Sparkassenwesens nur gering. Die unfreie ländliche Bevölkerung konnte nur geringe Überflüsse haben. Es sind in diesen 20 Jahren nur 19 Kassen gegründet worden. Der Betrag der Einleger-Guthaben stieg sich Ende 1845 auf 8 Millionen. In den vierziger Jahren kommen dann neue 48 Kassen hinzu, und der Betrag der Einleger-Guthaben steigt auf 14,1 Millionen. Im folgenden Jahrzehnt werden 51 Kassen gegründet, damit erhöhen sich die Einlagen auf 20,98 Millionen. Das sind die ersten Jahre nach der Revolution mit ihrem wirtschaftlichen Aufschwung des Bauernums.

In den folgenden Jahren steigen die Lebensmittelpreise hoch an, der Kapitalismus dringt noch tiefer ins Dorf ein, und die Folge war — ein weiteres Ansteigen der Sparkassen-Guthaben. Anfang 1870 betrugen sie schon 100 Millionen und verdreifachten sich in sechs Jahren nach dem Kriege, so daß Ende 1877 der Betrag der Einlageguthaben fast 300 Millionen erreicht. Dann tritt die Agrarkrise ein. Die Sparkassen-Guthaben wachsen aber immerfort, wenn auch nicht mehr so rasch. Seit 1880 werden 184 Sparkassen gegründet und das Guthaben steigt von 388,8 Millionen auf 690 im Jahre 1894 und auf 1520,4 Millionen Mark im Jahre 1908.

Heute besteht Sachsen 332 Sparkassen mit 89 Nebenstellen, oder durchschnittlich auf 36,6 Quadratkilometer eine Sparkasse, während im Reich eine Sparkasse auf 50 Quadratkilometer kommt. Die größeren Gemeinden Sachsen mit über 20 000 Einwohnern (im ganzen 18) sind alle mit Sparkassen versehen; von 103 mittleren Gemeinden mit 5000 bis 20 000 Einwohnern besitzen 96 eine Sparkasse. Auf die 204 Landstädte von 2000 bis 5000 Einwohnern entfallen 129 Sparkassen. Auf die 2857 Landgemeinden entfallen nur 60 Sparkassen.

Die ländlichen Gemeinden besitzen also nur wenig Sparkassen, obgleich der eigentliche Sparten der Bauer ist. Das tritt aus folgendem hervor.

Sachsen besteht aus zwei ganz verschiedenen Teilen, einem Industriegebiet und einem Agrargebiet. Das Industriegebiet erstreckt sich über die Kreishauptmannschaften Chemnitz und Zwickau, über die Amtshauptmannschaften Leipzig-Stadt und -Land, Dresden-Stadt (Alt- und Neustadt), und zum Teil über die Amtshauptmannschaft Zittau. Das Agrargebiet umfaßt die Kreishauptmannschaften Leipzig (ausließlich Leipzig-Stadt und -Land), Bayreuth (ausließlich Zittau) und Dresden (ausließlich Dresden und Umgegend). Das Industriegebiet umfaßt 41,2 Prozent der gesamten Fläche, auf der über 70,4 Prozent der Bevölkerung wohnen. Die Dichte ist im Industriegebiet 522,6 gegen 158,5 im Agrargebiet. Von der Industrie leben 62 Prozent, von der Landwirtschaft nur 6 Prozent seiner Einwohner; 17 Prozent sind im Handel und Verkehr beschäftigt, 78,7 Prozent aller Industriearbeiter und 78,6 Prozent aller Hausgewerbetreibenden des Landes leben im Industriegebiet. Im großen aber dünn bevölkerten Agrargebiet dagegen treiben immerhin noch 22 Prozent der Bewohner Landwirtschaft. Nur eine halbe Million Arbeiter und Hausgewerbetreibende finden wir hier.

Betrachten wir nun, wie sich das Sparkassenwesen in diesen Gebieten entwickelt hat, so sehen wir, daß das Geld-Sparen im Agrarteil viel verbreiter ist als im Industriegebiet. Auf einen Einwohner kamen 1908:

	Mark Guthaben
Industrieteil	0,68
Agrarteil	0,78
Königreich	0,61
	297

Daraus geht deutlich das Überwiegen des platten Landes hervor. Und Broed betont besonders, daß der Mittelstand die Hauptbenutzer der Sparkassen stellt. Er kommt dann auch zum Schluß, daß „je mehr Arbeiterbevölkerung vorhanden ist und der Mittelstand zurücktritt, desto geringer ausgebildet ist im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des betrachtenden Bezirkes die Sparfähigkeit“. Dadurch erklärt sich dies aber? Eine dadurch, daß der Arbeiter weniger als der Bauer den Nutzen des Sparsen begreift? Keineswegs. Nein, der Arbeiter spart einfach deshalb nicht, weil ihm nichts übrig bleibt. Und trotzdem gibt es auch heute noch „Gelehrte“, die dem Arbeiter das Sparen als Mittel zum „Selbständigenwerden“ empfehlen...

Beobachtenswert ist noch, daß die Zahl der Konten mit weniger als 600 M. relativ zurückgeht. Die Konten mit über 600 M. die 1845 8,87 Prozent aller Konten ausmachten, stiegen 1908 auf 26,89 Prozent an. Vom Gesamteinheitsguthaben entfielen auf die Konten mit über 600 M. 1848 19,8 Prozent und 1908 77,3 Prozent. Die großen Konten überwiegen also bei weitem und nehmen jährlich an Bedeutung zu. Daraus darf man wohl auf Veränderungen im Mittelstand schließen: die wohhabenden Schichten des Mittelstandes rücken in die höheren Schichten hinauf; der Wohlstand der unteren Schichten des Bauernums entwickelt sich dagegen viel langsam; ein Teil sinkt sogar ins Proletariat herab...

Fortschrittliche Entwicklungen.

In seiner verbilligenen Manier fällt der fortgeschrittliche Abgeordnete Brodaus in der neuesten Nummer des Säch-

sischen Volksblatt über unsere Richtigstellung her, die sich an einem Bericht des genannten Herrn über die Landtagstätigkeit nicht nützt mache. Es handelt sich um den § 45 des Gemeindesteuergesetzes. Vorher hatte Brodaus gesagt, mit sozialdemokratischer Zustimmung habe man beschlossen, daß die Gemeinden nur 85 Proz. ihres Bedarfs durch die Einkommensteuer bedenken dürfen und dadurch Veranlassung zur Einführung unslogaler Gemeindesteuern gegeben. Wir hatten daraufhin richtig gestellt, daß die Sozialdemokraten gerade entschieden dagegen aufgetreten seien, daß den Gemeinden Beschränkungen auferlegt würden und sie den 85 Prozent schließlich nur als kleinerem Nebel zugestimmt hätten, während die Regierung 75 forderte. Gleichzeitig hatten wir auch nachgewiesen, daß der Brodausche Ueberreiter gegen 85 Prozent, der ihn unter anderem auch veranlaßte, als einziger fortgeschrittlicher Abgeordneter mit den Konservativen gegen das ganze Gesetz zu stimmen, von Haushalterinteressen bestimmt worden sei.

Deshalb lobt Brodaus in seinem Grinum von sozialdemokratischen Unwahrheiten und sucht die Sache so hinzustellen, als habe er nur der Wieter wegen seinen Ueberreiter gegen die Grundsteuer versprochen. Damit wird er auch bei seinen zahlreichen politischen Freunden in den Mitbewohnervereinen nur ein unglückliches Lächeln auslösen. Um seine sonderbare Stellung in dieser Frage zu verdecken, behauptet er unter anderem, die Sozialdemokraten im Landtag hätten sich die Tragweite jenes § 45 überhaupt nicht klar gemacht. Das haben sie sehr wohl, das beweist schon ihr Versuch, den § 45 überhaupt zu bestimmen, und schließlich, als das vergeblich war, den Prozentsatz auf 90 festzulegen. Als 85 Proz. nicht zu verhindern waren, haben die Sozialdemokraten gerade um seinen Anteil zur Einführung unslogaler Steuern zu geben, gefordert, daß mindestens zwei Drittel der von den ungedeckten bleibenden 15 Prozent nur durch Grundsteuern aufgebracht werden sollten, haben aber damit gerade der Herr Brodaus keine Unterstützung gefunden. Wäre der sozialdemokratische Antrag angenommen worden, wären nur noch 5 Prozent des Gesamtbetrags ungefähr geblieben. Diese aber wären durch die Erträge der Bevölkerungsabgaben und der Grundsteuern ausgeglichen worden, abgesehen davon, daß die Gemeinden jederzeit auch mehr als 10 Prozent des Bedarfs durch Grundsteuern hätten aufbringen können. Ein Antrag, Aufbarkeitssteuern einzuführen oder zu erhöhen, hätte für die Gemeinden dann gar nicht vorgelegen. Leider haben die Sozialdemokraten dafür gesorgt, daß in das Gesetz eine Bestimmung aufgenommen wurde, wonach die Einführung von Abgaben auf Nahrungsmittel und Brennstoffen verboten ist. Damit ist der Hauptrumpf zu unslogalen Steuern schon verpetzt. Unsere Genossen forderten auch das Verbot der Pferdesteuer, fanden aber damit auch bei den Nationalliberalen keine Unterstützung.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben also alles aufgeboten, unslogale Steuern unmöglich zu machen. Wenn uns das nicht gelungen ist, sind daran Bürgerlicher Vertreter schuld, und, soweit die Grundsteuer dabei in Betracht kommt, daß auch der Abg. Brodaus daran seinen Anteil. Leider verkennt der Herr die Tatsache vollständig, wenn er es so darstellt, als wäre allein durch die 85 Proz. in § 45 für die Gemeinden die Möglichkeit zur Einführung unslogaler Steuern geschaffen worden. Das ist leider nicht zutreffend. Es gibt keine Vorschrift, die die Gemeinden zwingt, ihr Recht zur Erhebung der Einkommensteuer in vollem Umfang auszunutzen. Sie können nur 85 Prozent erheben und dafür unslogale Steuern einführen, soweit ihnen das noch möglich ist. Außerdem können sie aber auch die verbleibenden 15 Prozent oder auch mehr durch die Grundsteuer völlig decken. Es wird und muß nach wie vor nun die Hauptaufgabe der Gemeindevertreter sein, unslogale Steuern zu verhindern. Man wird dabei ja sehen, wie weit die Gewinnungsgegenstände des Herren Brodaus dabei zur Stange halten. Eine Rücksicht aber können wir haben: Unter den fortgeschrittenen Stadtvätern haben wir, von Herrn Günther abgesehen, noch keinen gefunden, der so grundsteuerhaudlich geprägt ist wie Herr Brodaus. Da bleibt doch noch die Möglichkeit, durch eine angemessene Grundsteuer ungerechte Steuern zu verhindern.

Aus alledem geht aber hervor, daß der § 45 des Gemeindesteuergesetzes gar nicht die übertriebene Bedeutung hat, die ihm Brodaus zuschreibt. Seine Purzelbäume, die er deswegen schon bei der Gesamtabstimmung über das Gesetz geschlagen hat und die er jetzt noch weiter übt, sind also gänzlich ungerechtfertigt, noch mehr aber die Vorwürfe, die er von seiner verschrobenen Stellung aus, in die er sich verrannt hat, gegen unsere Genossen erhebt.

Die Wahlfähigkeit des Handelschullehrers.

Mit der Frage, ob ein städtischer Handelschullehrer die Wahlfähigkeit als Stadtverordneter in seinem Wohnort besitze, hatte sich in seiner letzten Sitzung der Kreisausschuß der Chemnitzer Kreishauptmannschaft zu beschäftigen. Anlaß dazu gab der Reflux des Handelschullehrers Kleemann in Hohenstein-Ernstthal gegen den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal. Dieser hatte, als Kleemann bei der letzten Stadtverordnetenwahl als Kandidat aufgestellt werden sollte, den Standpunkt vertreten, daß Kleemann Gemeindebeamter im Sinne des § 46 Abs. 1 und 2 der revidierten Städteordnung und deshalb nicht wahlberechtigt sei. Seinen Reflux begründete Kleemann unter Hinweis auf § 47 der revidierten Städteordnung, nach dessen Wortlaut die vorgelegte Behörde, also der Stadtrat, nur die Genehmigung zur Wahl zu geben habe. Der Kreisausschuß stellte fest, daß Kleemann als Lehrer an der Handelschule in Hohenstein-Ernstthal angestellt ist und diese von der Stadt unterhalten wird. Dieser Stellung seien als die eines Gemeindebeamten erachtet. Solche aber seien als Stadtverordnete nach den vom Stadtrat angegoenen Bestimmungen nicht wahlberechtigt. Der Kreisausschuß erkannte deshalb auf Verwahrung des Refluxes.

Chemnitz. Im vergangenen Jahre sind in unserer Stadt die Schlachtungen von Pferden und Hunden gestoppt. Im Jahre 1912 wurden auf dem Schlachthof 1004 Pferde, 7 Esel und 400 Hunde geschlachtet, gegen das Jahr 1911 ein Mehr von 113 Pferden, 4 Eseln und 78 Hunden. Wurden hier auch im Jahre 1912 mehr Adelber, Schweine und Schafe geschlachtet, so ging doch in genanntem Jahre die Zahl der geschlachteten Kinder um 1080 zurück.

Zöblitz. Eine Neuordnung der Lehrergewölle haben die beiden städtischen Kollegien durchgeführt. Die neue Staffelung geht von 2150 bis 4200 M. und ist so aufgebaut, daß besonders in den mittleren Jahren wesentliche Zugaben er-

folgen. Dadurch tritt Zöblitz in bezug auf Lehrerbefolbung unter den sächsischen Städten wieder wie früher in die vordere Reihe.

Kirchberg. Die Einwohnerzahl der Stadt, die vor Jahren noch auf über 8000 Seelen sich belief, ist nach und nach auf 7227 zurückgegangen.

Schwarzberg. Am 1. Februar 1913 wird die Landgemeinde Oberjachsenfeld mit der Stadtgemeinde Schwarzberg vereinigt.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Großes Aufsehen erregt in Schönfeld bei Pillnitz der Selbstmord eines Brauhaus. Die 22 Jahre alte Tochter Olga des Gutsbesitzers Moritz Koch in Schönfeld ist die Braut des Sohnes Arno des Gutsbesitzers Koch in Schönfeld und das junge Paar lebte wohl als auch die Eltern höchst zum Hochzeitstage, das Eltern abgehalten werden sollte. Am 8. Januar machte jedoch die Braut in der elterlichen Wohnung ihres Lebens durch Erhängen ein Ende. Man fand vor einem Möbel, das ein Anlaß zu der ungünstigen Tat nicht vorlag. Eltern und Geschwisterin ist kein Grund bekannt, der Anhalt geben könnte zu diesem Suizid. Als der Verdächtig das höhe Ende seiner Braut erfuhr, beging auch er Selbstmord durch Erhängen. — Ein bei der Firma Heinecke in Chemnitz beschäftigter Arbeiter wurde auf dem Südbahnhof beim Abladen von Brettern durch einen Windstoß vom Klopfen geschleudert und von nachstehenden Brettern erschlagen. — Im Hause Freiheitsstraße 26 in Chemnitz war die 14jährige Schneiderin Ludwiga damit beschäftigt, auf einem Spirituskocher Essen zu wärmen. Hierbei kippte der Kocher um und der brennende Spiritus ergoß sich über die Kleider des Mädchens, das in seiner Angst zur Tür hinaus lief. Im Hausflur wurden die Flammen zwar von herbeilegenden Leuten unterdrückt, immerhin hatte das Mädchen aber so erhebliche Verbrennungen erlitten, daß es am Dienstag nach im Krankenhaus starb. — Auf dem Bahnhof in Oelsnitz i. B. wurde der 46 Jahre alte Weinhändler Paul beim Rangieren durch Ueberfahren schwer verletzt. Der linke Fuß wurde ihm glatt abgeschnitten, der rechte Oberschenkel mehrere Male gebrochen. — Ein schwerer Fall von Vergiftung, dessen Ursache noch im Dunkel gehüllt ist, hat sich in Zwickau bei Löbau ereignet. Dort wurde gestern der Tagarbeiter Henrich mit seiner Familie, bestehend aus der Ehefrau und sechs Kindern, von den Radarmen in benachbartem Zustande aufgefunden. Fünf Kinder im Alter von zwei und vier Jahren waren bereits tot. Dagegen gelang es, die übrigen Personen ins Leben zurückzurufen. Die Untersuchung des Falles ist eingeleitet. Eine weitere Meldung besagt: Der Arbeiter Henrich, der, wie gemeldet, mit seiner Familie verhaftet aufgefunden wurde, ist unter dem Verdachte, die Vergiftung verübt zu haben, festgenommen und in das Haugener Gefängnis eingeliefert worden.

Stadt-Chronik.

Kirchenreform oder Kirchenaustritt?

Mit dieser Frage beschäftigte sich am Mittwoch abend eine öffentliche Versammlung, die von dem Bund für kirchlichen Fortschritt, dem Protestantverein und dem Sächsischen Schulverein, drei in kirchlich-religiösen Fragen liberal stehenden Vereinigungen, nach dem Ausstellungspalast einberufen worden war. Die Offenheitlichkeit war allerdings sehr beeindruckt durch ein verhältnismäßig hohes Eintrittsgeld, so daß sich nur ein ausserlesenes Publikum eingefunden hatte. Dabei hatte man sich als besondere Zugnummer den in jüngster Zeit vielfach genannten, wegen seiner legeren Anrichten gleich seinem Leidenschaftsführer Ratho vom Kirchenmagazin aus dem Amt gekündigten Pfarrer Krämer (Dortmund) als Referenten vertrieben. Die Versammlung war, wie den Worten des Vorsitzenden, Reichsanwalts Küppel, zu entnehmen war, als Gegenstüd zu der vom Komitee Konfessionslos am 30. Oktober 1912 abgehaltenen Liberalversammlung geplant, deren Verlauf gewissen Streiten schwer auf die Nerven gefallen zu sein scheint.

Der Vortragende ging zunächst auf die Kirchenaustrittsbewegung ein, wies darauf hin, daß die Zahl der Dissidenten von 37 000 im Jahre 1905 auf 205 000 im Jahre 1910 gestiegen sei, also eine ganz kolossale Steigerung erfahren habe. Er nannte dies eine Ercheinung, die die ernstesten Beachtung verdiente, behauptete jedoch, daß im evangelischen Sachsen die Zahl der Kirchenaustritte viel geringer sei als im katholischen Bayern, obgleich er die Unvollständigkeit der Statistik zugab, und schließlich gelangte er dahin, daß die Dissidenten zwar eine absolut große Zahl, relativ aber eine verschwindend kleine seien. — Dann ging der Referent auf die Frage ein, ob eine Austrittsbewegung nötig ist. Er gelangte, wie nicht anders zu erwarten war, zu einer Verneinung dieser Frage. Wohl gab es zu, daß heute Hunderttausende nicht mehr in die Kirche hineingehören, weil sie nichts weiter mehr sind als Namensschriften, daß es nur persönliche Freiheit und Individualität ist, die diese Leute abfällt, in der Offenheitlichkeit das auszuführen, was sie im Privatleben längst sind, nämlich konfessionslos; gleichwohl stellte er sich auf den Standpunkt, daß die ganze Austrittsbewegung im Grunde genommen, da unter heutige Schulpolitik die Dissidenten zwinge, ihre Kinder in den Religionsunterricht der Schule zu führen, konfessionslos sei. (1) Eine Rückerinnerung dieser Gefordrung sei zweitens dringend notwendig, doch sei eine solche nach Einsicht des Referenten am ehesten erreichbar, wenn alle diejenigen, die eine solche würdigen, in der Landeskirche bleiben, weil der Erfolg dieser Bemühungen viel größer sei, wenn sie von einer Seite ausgehen, die nicht unmittelbar beteiligt ist. Folgerichtig müßten auch die Sozialdemokraten in der Kirche bleiben. Der Referent erkannte an, daß in gewissen Fällen der Ausschluß dringend notwendig, doch sei eine solche nach Einsicht des Referenten am ehesten erreichbar, wenn alle diejenigen, die eine solche würdigen, in der Landeskirche bleiben, weil der Erfolg dieser Bemühungen viel größer sei, wenn sie von einer Seite ausgehen, die nicht unmittelbar beteiligt ist. Folgerichtig müßten auch die Sozialdemokraten in der Kirche bleiben. Der Referent erkannte an, daß in gewissen Fällen der Ausschluß dringend notwendig, doch sei eine solche nach Einsicht des Referenten am ehesten erreichbar, wenn alle diejenigen, die eine solche würdigen, in der Landeskirche bleiben, weil der Erfolg dieser Bemühungen viel größer sei, wenn sie von einer Seite ausgehen, die nicht unmittelbar beteiligt ist. Folgerichtig müßten auch die Sozialdemokraten in der Kirche bleiben. Der Referent erkannte an, daß in gewissen Fällen der Ausschluß dringend notwendig, doch sei eine solche nach Einsicht des Referenten am ehesten erreichbar, wenn alle diejenigen, die eine solche würdigen, in der Landeskirche bleiben, weil der Erfolg dieser Bemühungen viel größer sei, wenn sie von einer Seite ausgehen, die nicht unmittelbar beteiligt ist. Folgerichtig müßten auch die Sozialdemokraten in der Kirche bleiben. Der Referent erkannte an, daß in gewissen Fällen der Ausschluß dringend notwendig, doch sei eine solche nach Einsicht des Referenten am ehesten erreichbar, wenn alle diejenigen, die eine solche würdigen, in der Landeskirche bleiben, weil der Erfolg dieser Bemühungen viel größer sei, wenn sie von einer Seite ausgehen, die nicht unmittelbar beteiligt ist. Folgerichtig müßten auch die Sozialdemokraten in der Kirche bleiben. Der Referent erkannte an, daß in gewissen Fällen der Ausschluß dringend notwendig, doch sei eine solche nach Einsicht des Referenten am ehesten erreichbar, wenn alle diejenigen, die eine solche würdigen, in der Landeskirche bleiben, weil der Erfolg dieser Bemühungen viel größer sei, wenn sie von einer Seite ausgehen, die nicht unmittelbar beteiligt ist. Folgerichtig müßten auch die Sozialdemokraten in der Kirche bleiben. Der Referent erkannte an, daß in gewissen Fällen der Ausschluß dringend notwendig, doch sei eine solche nach Einsicht des Referenten am ehesten erreichbar, wenn alle diejenigen, die eine solche würdigen, in der Landeskirche bleiben, weil der Erfolg dieser Bemühungen viel größer sei, wenn sie von einer Seite ausgehen, die nicht unmittelbar beteiligt ist. Folgerichtig müßten auch die Sozialdemokraten in der Kirche bleiben. Der Referent erkannte an, daß in gewissen Fällen der Ausschluß dringend notwendig, doch sei eine solche nach Einsicht des Referenten am ehesten erreichbar, wenn alle diejenigen, die eine solche würdigen, in der Landeskirche bleiben, weil der Erfolg dieser Bemühungen viel größer sei, wenn sie von einer Seite ausgehen, die nicht unmittelbar beteiligt ist. Folgerichtig müßten auch die Sozialdemokraten in der Kirche bleiben. Der Referent erkannte an, daß in gewissen Fällen der Ausschluß dringend notwendig, doch sei eine solche nach Einsicht des Referenten am ehesten erreichbar, wenn alle diejenigen, die eine solche würdigen, in der Landeskirche bleiben, weil der Erfolg dieser Bemühungen viel größer sei, wenn sie von einer Seite ausgehen, die nicht unmittelbar beteiligt ist. Folgerichtig müßten auch die Sozialdemokraten in der Kirche bleiben. Der Referent erkannte an, daß in gewissen Fällen der

Rechte eintreten, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befürchten. Die Kirche sollte sich nur halten, wenn sie die Grundsätze des Evangeliums mit führen trete, denn sie sei eine Klosterkirche, genau so wie die heutige Verkündigung eine Klosterverkündigung sei.

Für das Bildungsverein der Mehrzahl der Verkündigungsbesucher war es bezeichnend, daß diese den ihnen unangenehmen Diskussionsredner durch vorliegenden Lärm und allerhand Zwischenfälle zu unterbrechen verstanden, so daß sich schließlich der Verkündigungsleiter zum Einschreiten genötigt sah. — Weiter sprachen noch ein Vertreter der proletarischen Freidenker und der Schriftsteller Dr. Scheben, worauf noch der Referent das Schlusswort hielt.

Kadrennen und öffentliche Auspielung.

Der Verein für Kadrennen in Dresden hatte im Frühjahr 1912 beschlossen, mit dem Kadrennen ein Preis zu schreiben zu verbinden, daran teilzunehmen jedem freistand, der das Rennen besuchte oder sich ein Kennprogramm für 20 Pf. kauft. Die Preise bestanden in Fahrrädern, Dauer-Eintrittskarten und dergleichen, und sollten den Personen zugesprochen werden, die im voraus am genauesten die Sieger und die erforderlichen Kenntzeichen bestimmten. Das Preisauszeichnen wurde ohne behördliche Genehmigung veranstaltet. Die Behörde erhielt hierin die Verantwortung einer öffentlichen Auspielung beweglicher Sachen. Der Vereinsvorstand Strohsack wurde wegen Vergehen gegen § 286 des Straf-G.-V. verurteilt, weil er unterlassen hatte, die obrigkeitsliche Genehmigung einzuholen. Der Angeklagte hatte schon genaue Zeit vorher für das Rennen unter Hinweis auf das Preisauszeichnen durch Annoncen in den Tagesblättern Anschlag und Verleihung von Blugblättern Reklame gemacht. Die Bedingung des Preisauszeichnens war, die Lösing auf eine vorgedruckte Postkarte zu schreiben und letztere in die auf dem Tempelplatz aufgestellten Kästen einzulegen. Die Kennprogramme wurden nur auf dem Tempelhof verkauft, mit ihnen zugleich wurden die Eintrittskarten abgegeben. Am Rennstage wurden nun einige Tausende solcher Karten eingeleget; es wurden aber auch andere Karten abgegeben, die von Leuten herrührten, die weder Eintrittskarten gekauft, noch ein Programm gekauft hatten und die nur durch Vermittlung dritter Personen eingekauft worden sein konnten. Hierauf nahm hauptsächlich der Angeklagte Bezug, um die Annahme des Gerichts zu widerlegen, daß eine öffentliche Auspielung veranstaltet worden wäre, auch behauptete er, daß für die Preisverteilung nicht der Zufall, sondern eine gewisse Sachkenntnis hinsichtlich der Bahn, der Fahrer usw. entscheidend sei. Demgegenüber hat das Gericht erklärt, daß die Zahl der Rennhobbybesucher, also wo eine Begrenzung schließe, sehr gering geweisen bei im Verhältnis zur Gesamtzahl der Preisbewerber. Es sei auch nicht nötig, daß alle Startendengegen Kenntnissen sind. Jedenfalls habe der Verein von vornherein mit solche Leute zum Preisauszeichnen zulassen wollen, die eine Gegenleistung durch das Eintrittsgeld oder die Annahme eines Kennprogramms stellten. Dafür spreche, daß in den Zeitungsausschreibungen alle näheren Angaben über das Preisauszeichnen vermieden, in den Blugblättern die Bedingungen für den Einsatz der Karten erschwert und für die Lösing eine bestimmte Form vorgeschrieben wurden. Allerdings hätten Personen, die in Fahrraddingen Bescheid wußten, leichter einen Preis erringen können, im wesentlichen sei aber der Zufall entscheidend gewesen. Das Verwaltungsgericht schloß sich dieser Rechtsanschauung an. In der Revision des Angeklagten wurde bemängelt, daß es am Begegnung des Geldes fehle. Das Oberlandesgericht verwies das Rechtsmittel. Die Feststellungen des angefochtenen Urteils rechtfertigen die Anwendung des § 286.

Hilfe bei Unglücks- und Erfrankungsfällen.

Es ist neuerdings wieder beobachtet worden, daß bei Unglücksfällen oder bei plötzlicher Erfrankung von Personen in öffentlichen Lokalen (Tanzläden usw.) vielleicht bedauerliche Verzögerungen in der Versorgung und Unterbringung Verunglückter, Verletzter oder Erfrankter lediglich deshalb entstehen, weil die Zeugen des Unfalls nicht darüber unterrichtet sind, was sie tun sollen. Es wird deshalb erneut darauf hingewiesen, was zur schnellen Herbeiführung von Hilfe bei Unglücksfällen oder bei Erfrankung von Personen in öffentlichen Lokalen oder auf öffentlicher Straße erforderlich ist: 1. Gib sofort der nächsten Wohlfahrtspolizei in welche Kenntnis von dem Unfall oder der Erfrankung. Ist diese Wache entfernt, so benenne den nächsten Bezirkspolizist (Post, Polizeiwacht, Polizei). Wo die nächste Wache ist, sagen die Platze, die in den Fluren aller Häuser und an den Laternenständen oder Strafenbahnmasten, auf den Plätzen der Stadt und in den belebten Straßen angebracht und durch ein rotes Kreuz gekennzeichnet sind. 2. Weile genau den Platz, wo der Verunglückte oder Erfrankte liegt, damit der Unfallwagen sofort an die richtige Stelle geleitet werden kann. Wußt der Verletzte oder Erfrankte jedoch werden, so entstehen Verzögerungen, die große Nachteile für ihn haben können. Daher sieb, bevor du meldest, nach dem Schild, das die Straße benennt, in der sich der Verletzte und befindet, und nach der Hausnummer des Gebäudes, vor oder in dem der Verunglückte oder Erfrankte liegt. Ist ein Polizeibeamter in der Nähe (z. B. Gendarmerieposten), so mache diesem Mitteilung von dem Vorfall.

Billiger Wintersport-Sonderzug nach Oberwiesenthal.

Um weiteren Wintersportkreisen Gelegenheit zu bieten, die beiden höchsten Berge unseres Erzgebirges, den Zwickel- und Keilberg, einmal im herrlichsten Winteridylle sehen zu können, das Winterportleben lehnen zu lernen und von den wohlwärtigen Einfülls des Aufenthalts in frischer Berg- und Winterluft recht viele Großstädter spüren zu lassen, hat der Deutsche Verein für Wohltätigkeitswesen, Ortsgruppe Dresden, bei der Generaldirektion der Königl. sächsischen Staatsseisenbahnen um Stellung eines Sonderzuges nach Oberwiesenthal nachgefragt. — Die genauen Fahrzeiten werden demnächst bekanntgegeben. — Am Sonnabend den 1. Februar, nachmittags kurz vor 5 Uhr, wird der Sonderzug vom Dresdner Hauptbahnhof abfahren und nach 9 Uhr abends in Oberwiesenthal einreffen. Vom Bahnhof Oberwiesenthal werden die Teilnehmer bei Radelbeladenung durch Mitglieder des Verkehrsvereins Oberwiesenthal und durch Christkundige nach ihren Quartieren geführt. Alles genügend und gute Unterkunft ist georgt. Diese wird gewährt im Dresdner Heim, dem Untersuchungshaus auf dem Higelsberg, dem Sporthotel, Hotel Stadt Karlsbad, Deutscher Kaiser, Hotel Vorwerk u. a. — Die Rückreise wird am Sonntag den 2. Februar, abends nach 7 Uhr, angetreten. Die Ankunft in Dresden erfolgt kurz vor 12 Uhr. Den Teilnehmern steht also ein voller

Tag zum Wandern, Robeln oder Skilaufen zur Verfügung. Die Kosten betragen für Übernachtung mit Frühstück und Eisenbahnfahrt in 3. Wagenklasse (Hin- und Rückfahrt) nur 9 M., bei Pauschalierung der 2. Wagenklasse nur 12 M. Teilnehmerkarten sind vom 18. bis 25. Januar zu haben in den Sportabteilungen der Firmen C. G. Heinrich, Pirnaischer Platz, Robert Böhme jr., Georgplatz, Sporthaus Karl Stumpf, Wallstraße, im Jagdrennschädel 2. Weise, Ede Altmark und König-Johannstraße, und in der Geschäftsstelle für Ferienwanderungen, Elsässerstraße 5, 2., hinter Aufgang, in letzterer nur abends von 8 bis 9 Uhr.

Pflegemutter gesucht.

Man schreibt uns: Es wird anderweitig darauf hingewiesen, daß in Dresden wohnenden Frauen, die den Wunsch haben, an fremden Kindern Mutterstelle zu vertreten, und deren persönliche und häusliche Verhältnisse die Übernahme der Pflege von Kindern gestatten, sich jederzeit im südlichen Altvororgeamte Landhausstraße 7, 3. Gesch. Zimmer 60, oder bei der Wohlhaberpolizei-Kapelle, in deren Bezirk sich ihre Wohnung befinden, melden können. Da die nicht leichten Pflichten einer Pflegemutter nur mit wahrer Liebe zum Kind und wirklich gutem Willen erfüllt werden können, darf das von den Angehörigen des Kindes oder von der Armenkasse für die Ausübung der Pflege gewährte Entgelt nicht den Hauptgrund für die Übernahme eines armen oder verlassenen Kindes bilden. Besonders für kleine Kinder im Säuglingsalter besteht starke Nachfrage nach geeigneten Pflegemüttern.

Unfall. Als am Dienstag abend ein bissiger 65-jähriger Privatist B. Altmann wohnhaft, sich in einem Restaurant an der Königsbrücke Straße am Kartenspiel beteiligte, fiel er plötzlich, von einem Herzschlag betroffen, um und verstarb.

Selbstmord. Erstochen hat sich in einem Hotel in der Neustadt, wo er sich auf eine Nacht eingemietet hatte, ein in der Löscherei wohnhafter 35 Jahre alter Architekt aus unbekannter Ursache.

Genosse Imwolde hat gestern auf zwei Monate Staatsquartier an der Mathildenstraße bezogen. Er hat sich diese Straße geholt als verantwortlicher Redakteur unseres Blattes wegen Offiziers-Verteidigung, die durch einen Artikel über die Chemnitzer Affäre begangen sein soll, die seinerzeit so großes Aufsehen erregte und in der Presse lebhaft besprochen wurde. Auch eine Anzahl Redakteure anderer Parteiabländer wurde deswegen mit Gefängnisstrafen bis zu vier Monaten bedroht. Wir hoffen, daß unser Kollege und Genosse die Strafe gut übersteht. Bis auf einen einzigen der Redakteure unseres Blattes haben also schon mit dem Gefängnis Bekanntmachung gemacht, die meisten wiederholten und auf längere Zeit "Gebessert" aber wurden sie nicht.

Wiederholte. Die organisierten Frauen veranstalten Sonnabend den 18. Januar, abends 9 Uhr, im Jugendheim, Oppelstraße 12, 1. Etage, ein gemütliches Beisammensein. Die Genossinnen von Pieschen-Trachtenberge sind hierzu mit eingeladen. Zahlreiches Erscheinen wird gewünscht.

Bezirk Rauhîl-Wölfnitz. Für die Genossinnen findet Freitag, abends 9 Uhr, im Restaurant Reiche, Ecke Lange und Saalhäuser Straße, eine wichtige Versprechungsstätt. Das Erscheinen aller Genossinnen erwartet.

Die Vertrauensperson.

Berichtigung. In der gestrigen Notiz über den Konzernverein Vorwärts ist ein Irrthum unterlaufen. Der Gesamtumsatz im Dezember betrug 2.683.349 Mark, in der Notiz war versehentlich der viel geringere Umsatz im Dezember 1911 angegeben. Bei der Gelegenheit sei bemerkt, daß der Umsatz vom 1. Juli bis 31. Dezember 1912, also im ersten halben Jahre der Verschmelzung mit dem Löbtauer und Striesener Vereine, insgesamt 11.932.963 Mark betrug.

Aus der Umgebung.

Rettungswesen in der Sächsischen Schweiz.

Unter Vorsitz des Amtshauptmanns von Röstitz stand zur Verbesserung des Rettungswesens in der Sächsischen Schweiz in der Amtshauptmannschaft Pirna eine Verbesserung der Vertreter der Samaritervereine zu Pirna, Eichendorff, Schulze und Leibnitz, sowie der Sanitätskolonne Königstein mit den Vertretern des Gebirgsvereins und des Sächsischen Bergsteigerbundes unter Teilnahme des Oberforstmeisters Augst und des Bezirksarztes Medizinalrat Dr. Pehsoldt statt. Es wurde allgemein anerkannt, daß namentlich die Ausbreitung des Wanderns und Kletterns in der Sächsischen Schweiz die Vermehrung der bereits jetzt im Amtselbständlichen bei Rathen, in der Ottomühle bei Röthenbach, in der Schrammsteinbaude bei Ostrau, in der Mühle in Schmilka, sowie im kleinen Lichtenhainer Wasserfall eingerichteten Rettungsstationen, zu denen noch die in Hütten, Hermisdorf und Borsdorf niedergelegten Verbandsläden kommen, wünschenswert macht und daß in der Waltersdorfer Mühle, sowie im Zeughaus und womöglich in Niedergund standige Rettungsstellen, auch eine Rettungsstelle mit den nötigen Verbandsfächern in der freien Natur in den Schrammsteinseiten eingerichtet werden. Die Samaritervereine zu Pirna und Eichendorff, sowie der Sächsische Bergsteigerbund sicherten zu, die Errichtung dieser Stellen in die Hand nehmen zu wollen; desgleichen will Sanitätsrat Wenzel beim Landessamariterverband die entsprechende Unterstützung befürworten. Die Einrichtung der bereits befindlichen Rettungsstellen soll vervollständigt werden. Amtshauptmann v. Röstitz sicherte ebenfalls aus Mitteln der Gemeinnützigen Bezirksstiftung beziehungsweise des Gemeinnützigen Bezirksvereins einen Beitrag zu. Desgleichen wird Professor Weide mit dem Gebirgsverein die Angelegenheit fördern, ebenso stellte die Oberforstmeister Augst seitens der Forstrevierverwaltung nach Möglichkeit in Aussicht. Es ist zu hoffen, daß die Einrichtungen bis zu Beginn des Frühjahrs getroffen sein werden, so daß in der besseren Jahreszeit einem in den letzten Jahren hervorgetretenen Bedürfnis entsprochen ist.

Pöschappel. Die erste Sitzung des Gemeinderats in diesem Jahr wurde mit der Einweihung und Verpflichtung der neu gewählten Gemeinderäte Mitglieder Mehlrose sowie Genosse Rahmann, Recht, Lehmann und Schneider eröffnet. Die Vorschläge zur Befreiung der Auschüsse sind von einer kombinierten Sitzung der Hauptausschüsse durchberaten und festgelegt worden. Genosse Rahmann gab zu den Vorschlägen die Erklärung ab, daß die sozialdemokratischen Vertreter mit der Zusammensetzung nicht ganz zufrieden sind, weil sie für die Zukunft eine stärkere Relegierung von ihrer Seite wünschen, daß sie aber für diesmal den Auschüsse vorschlagen zustimmen.

Die Erwähnung der Worte Politik und Parteien gab den bürgerlichen Vertretern Baumann und Tröböl Veranlassung, gegen diesen politischen Wichteln Verwahrung einzulegen. In unserer Gemeinde würde keine Politik in der Verwaltung getrieben, es gäbe keine Parteien und Parteien, sondern Anhäufige und Unanhäufige. Genosse Rahmann erklärte hiergegen, daß er sich außerstande fühle, den Wünschen der Herren Rechnung zu tragen, die Gemeindepolitik sei von der Politik im Reichstag und Landtag untrennbar, er fühle sich veranlaßt, die gesamte Einwohnerschaft zu vertreten. Hierauf wurden die Vorschläge zur Belebung der Auschüsse einstimmig abgelehnt. Danach sind von unseren Genossen vertreten: Rahmann im Verfassungs-, Wappeler im Finanz-, Beyer und Recht im Einschätzungsausschuß, ferner im Auslaß der Gewerbe- und Handelschule Wappeler. In den Auslaß für den Arbeitsnachweis wurden Mehlrose und Genosse Berger gewählt. Vier Mitteilungen wurde Kenntnis genommen von einer unvermuhten Rassentheorie, die größere Monita nicht ergab. Weiter nahm das Kollegium Kenntnis von der Wahl des Fachlehrers Thaler als hauptamtlichen Lehrer für die Gewerbe- und Handelschule. Aus den Anstellungsbedingungen sind die Pensionberechtigung, die Ausübung von 26 Pflichtstunden und die Gehaltsregelung (2400 bis 4800 M.) einschließlich Wohnungsgeld hervorgehoben. Die Wahl und die Bedingungen fanden Bestätigung. Die Unterstützungsgebühre des Vereins zur Verbreitung christlicher Schriften, des Veteranenheims Wechselburg, des Vereins zur Jugendpflege sowie des Landesverbandes zum blauen Kreuz wurden abgelehnt. Die Errichtung eines Doppelwohnhauses an der Kirchstraße wird vom Architekten Schröder geplant. Dem Vorschlag des Bauausschusses, die Ausführung in der geplanten Weise abzulehnen, wurde zugestimmt. Die Gewährung eines Beitrages zu den Kosten des Ausbaues der Entlastungsstraße rief eine rege Debatte hervor. Diese Straße soll rund 200.000 M. Kosten veranlassen, von denen 90.000 M. der Staat übernehmen will. Von den übrigen 110.000 M. soll die Hälfte von den beteiligten Gemeinden Coschütz, Birkigt, Gittersee und Pöschappel getragen und die Hälfte durch Anteilerlösungen aufgebracht werden. Pöschappel soll 26.377 M. dazu geben. Da Pöschappel direkt an der Entlastungsstraße sein Areal liegen hat, aber durch Errichtung einer Verbindungsstraße, die die Hainsche Röstitz u. Schneider herzustellen gewünscht ist, das sogenannte Röstitz u. Schneider'sche Bauareal auf Pöschappeler Flur liegend aufgeschlossen etabliert, schlagen die Auschüsse vor, sich zur Belebung einer Summe von 12.700 M. bereit zu erklären. Genosse Rahmann hält den Bau einer solchen Straße für dringend notwendig und würde es bedauern, wenn die Ausführung, die für die Zukunft von großer Bedeutung ist, an den Kosten scheitern würde. Der Vorschlag betont noch, daß die Frage nur jetzt entschieden werden kann, da nach Fertigstellung des Bauhauses die Herstellung der Straße an dieser Stelle ausgeschlossen erscheint. Man einigt sich schließlich, vorläufig an dem Vorschlag zu halten und weitere Entscheidung nach einer nächsten Freitag stattfindenden Sitzung der Gemeinderäte sämtlicher beteiligter Gemeinden zu lassen.

Unterwegs. In der letzten Gemeinderatssitzung wurden die wieder gewählten Gemeindevertreter in ihr Amt eingewiesen. Dann wurde von einigen amts hauptmannschaftlichen und ministeriellen Verfassungen Kenntnis genommen. Es wurden ferner getöbt in den Schulvorstand die Herren Gemeindeältester Schulze, E. Henker und F. Müller; in den Wasser- und Regenwasserabschluß Gemeindeältester Schulze, E. Schulze und E. Löbel; in den Verfassungsausschuß Gemeindeältester Schulze, R. Friedrich und E. Henker; in den Armenaufschluß R. Günther, J. Müller und M. Richter; in den Spritzenausrüsch R. Böhme, E. Henker und M. Richter. Durch Ratsdruck wurde das Regulativ über das Anschlagswesen in § 3 abgeändert. Zum Haushaltplan für 1913 ist zu berichten, daß der Bedarf der Gemeindefeste sich auf 8880 M. stellt. Hierüber sind an die Schule 3780 M., an die Röstitz 700 M., an die Feuerlöschfeste 60 M. an die Gebannten-Pensionsklasse 50 M. abzuführen. Es muß demnach der einfache Anlagenplan wieder aufgestellt erhoben werden, wie im vorigen Jahre. Die Wasserwerksneubau der Wertrat für die Haushaltung von 5.20 M. auf 8 M. Wegen Gasversorgung des Ortes wurde der Vertrag mit der Gasgesellschaft mit einigen Änderungen eingegangen. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Gassebaude. Durch austrocknendes Gas betäubt wurden zwei bei der Firma Meurer beschäftigte Schlosser, als sie ein Gasrohr anbohrten. Der eine der Vermüllten wurde nach dem Krankenhaus Friedrichstadt, der andere nach seiner Wohnung befördert.

Gebenau. Es ist festgestellt worden, daß die Vergrößerung der Briesrägerfamilie Starke in Heidenau nicht auf ein Verbrechen oder einen Selbstmord, sondern auf ein verschönigtes Verhältnis zurückzuführen ist. Der Mann hatte Rattenfisch gekauft und in einem Topf aufbewahrt, in den die Frau, die keine Ahnung davon hatte, Kaseemilch schüttete, die dann getrunken wurde und die Vergiftungen herbeiführte.

Bühlau. Bei der Gemeinderatssitzung am Sonntag wurden unsere Genossen König und Gentsch mit 129 Stimmen als Vertreter und Kunath und Kränker mit 130 Stimmen als Erstligmann von 91 eingeschriebenen Wähler gewählt. In der 3. Klasse der Anhäufigen unterlagen wir leider.

Kadebeul. Der Gemeinderat hat beschlossen, aus Mitteln der Wenden-Stiftung eine Lotterie anzubieten, um wohnhaften und umweltwürdigen Personen zur Verteilung der Wenden-Ausgaben zu bringen. Leute, die bei dieser Lotterie teilnehmen möchten, werden aufgefordert, sich sofort bei ihrem zuständigen Armenpfleger zu melden. Die zu berücksichtigenden Personen erhalten eine Anweisung auf das ihnen zu gewährende Quantum Werten mit Angabe über Zeit und Ort, wo die Lotterie abzuholen sind.

Gerichtszeitung.

Oberlandesgericht

Gelehrte als Beleidigung.

Der Kaufmann Sch. in G. hatte seit Februar 1910 bis Anfang April 1911 regelmäßig des Sonntags die Wohnung des Agenten St. als dieser abwesend war, betreten und mit dessen Frau eine brecherliche Verfeindschaft eingegangen. Anfang Januar 1911 wurde er dem betrogenen Ehemann überreicht, als das Börsele ausgeschleift in der Badewanne lag. Um Verletzungen zu verhindern zahlte der Don ihm eine Abfindungsumme von 400 Mark.

worauf St. seiner reumüttigen Frau verzichtete. (1) Trotzdem hat das Paar den ehebedeckten Verlust fortgesetzt. Anfang März trennte sich St. von seiner Ehefrau, außerdem leitete er gegen deren Liebhaber ein Eridarlageverfahren ein, das aber durch die Erklärung des Ech. bestiegt wurde, er habe nichts mehr von der Frau zu lassen. Dieser hielt aber kein Beispielen nicht, sondern legte seinen Ehebruch fort. Nun wollte sich der Ehemann von seinem leichtfertigen Frau scheiden lassen, konnte diesen Vorstoß aber nicht ausführen, weil er Schiedsrichter ist. Im Privatlageverfahren wurde St. wegen Bekleidung des betroffenen Ehegatten zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Landgericht erklärte in dem Verfahren des Angeklagten eine gewöhnliche und bewußte Überzeugung des Privatlägers (§ 186 des Cr. G.-V.). Die Bekleidung wurde nicht nur in der Tatsache des Ehebruchs, sondern v.a. in den Ehebruch begleitenden Umständen gefunden. Die hiergegen eingeleitete Revision des Angeklagten machte geltend, der Ehebruch schädige die Verstrafung wegen Bekleidung aus, denn es sei ganz selbstverständlich, daß der Ehebruch immer eine Straftat des hinweggegangenen Ehegatten einschließe. Ob die Scheidung nicht möglich sei, könne dahingestellt bleiben. Der Angeklagte habe auch seine Frau verziehen. Es müßten daher Umstände vorliegen, die eine Bekleidungssabstecher erklären lassen. Durch die Annahme der 400 Mark habe sich der Privatläger des Strafantragstreits begeben. Das Oberverwaltungsgericht in Dresden verwies das Rechtsmittel. Daß der Ehebruch unter allen Umständen unbedingt eine Bekleidung des getrennten Ehegatten aus dulde, treffe nicht zu. Es müßten jedoch besondere Umstände vorliegen, aus denen sich die Bekleidung ergebe, nicht bloß der Ehebruch. So habe der Strafbeamter wiederholt entschieden. Hierzu abzuweichen, liege kein Grund vor. Es liegen hier solche besondere Umstände vor. Die schamlose Art, die Wohnung des Privatlägers fortgezeigt zum Ehebruch mit dem Geschworenen zu mißbrauchen, das rücksichtlose Hinweggehen nach der Versprechungen und die Fortsetzung des ehebrecherischen Verhältnisses entstehen eine schwere Mißachtung der Persönlichkeit des getrennten Ehegatten. Das in der Zwischenzeit erfolgte Vergehen kommt nicht in Frage, übrigens erfolgte dieses nur gegenüber der Frau, nicht auch gegenüber dem Angeklagten. Würde man sich nicht auf diesen Standpunkt stellen, so würde der Privatläger geradzu schändlich sein, weil er auf Grund der zivilrechtlichen Verhältnisse die Scheidung nicht durchführen und anderweitig den Angeklagten wegen Ehebruchs nicht belangen könnte.

Landgericht.

Ein Automobilunglück

erfolgte sich am 11. November vorjähriges auf der Straße durch den Plauenschen Grund in Döllschen kurz vor dem Gasthof Goldene Krone. Der in Hainsberg wohnende Wiedhändler Friederich Emil Lößner kam am genannten Tage mit seinem Auto von oben gefahren. Die Straße ist schon von dem Geschützer Nebenzange an wegsetzt, der vielen kurzen Wagen sehr unsicherlich. Nähert sich als vorrichtiger Fahrer deftig und fahrt auch an diesem Tage den Straßenzentall mit einer Geschwindigkeit von nur 10,3 Kilometer die Stunde, wie sein Apparat am Wagen nachwies. Daß die Straße dort besonders unübersichtlich ist, beweisen auch die vom Automobilclub aufgestellten Warnungstafeln. S. sieh es auch an zahlreichen Abzweigungen nicht fehlen. Bei der Döllschen Schanze kam plötzlich ein kleines Mädel aus einem Garten hervorgesprungen, um nach der Haltestelle der elektrischen Bahnhöfe 22 an der Goldene Krone zu gelangen. Das Kind, die sechsjährige Leipe, wurde umgerissen und war sofort tot. Wenige Minuten darauf traf die Mutter, mit der Elektrischen von Leuben kommend, an der Haltestelle ein und fand ihr Kind tot vor. Lößner übernahm sofort alle entstehenden Kosten des Unfalls, wie Vergräbnis u. s. w., bat auch sonst die Familie L. unterstellt. Gegen R. wurde auf Grund des Vorlasses Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Die Verhandlung der dritten Strafkammer stand geklärt im Saale der Goldenen Krone in Döllschen statt. Gedaden waren zehn Zeugen sowie als technischer Sachverständiger Schuhmacher Dr. Scheit-Dresden. Die Sektion ergab die völlige Verkrümmerung der Halswirbels des Kindes, außerdem war die Stelle an der Halswirbels durchdrückt, so daß das Gehirn herausgetreten ist. Der Tod ist auf der Stelle herbeigeführt worden. Die Beweisaufnahme stellte fest, daß R. mit äußerster Vorsicht durch Döllschen gefahren ist und fortwährend Hupe signale gegeben hat. Der Sachverständige schloß aus, daß der Angeklagte als vorstolzer Fahrer alles menschlich Mögliche getan hat, um ein Unglück zu verhindern. Der Staatsanwalt läßt in seinem Plädoyer aus, daß es ihm nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme nicht mehr möglich sei, seinen Antrag auf Bekraftung aufrecht zu erhalten. Das Kind sei an dem bedauerlichen Unglück schuld. Lößner wurde infolgedessen kostenlos freigesprochen.

Schöffengericht.

Radiate Brüder.

Wegen gefährlicher Abpferdelegung mußte sich der Arbeiter Richard Gabril verantworten. Der Angeklagte soll seiner hochschwangeren Frau, die schon mehrere Kinder von ihm hat, von hinten einen Fußtritt nach dem Unterleib verzeigt haben, so daß sie vor Schmerzen aufschrie und Boden flüchtete. Er bestreitet das. Das Bräutpaar hat sich fast täglich gestritten. Bei jenem Vorfall stand der Gendarmer die Braut auf dem Boden liegend vor und sie gab ihm obige Darstellung von der Aktion. Jetzt als Zeugin verweigerte sie die Aussage. Bei dem Leugnen des Angeklagten, der damals betrunken war, mußte er mangels Beweises freigesprochen werden.

Nach ihm nahm sein Bruder, der Kuscher Union Rudolf Gabril auf die Anklagebank Platz, um sich wegen Abpferdelegung groben Unfugs und Widerstands zu verantworten. Er kam am 26. Oktober betrunken auf den Straßenbahnhof auf der Polizeihauptstraße und schimpfte dort laut herum. Die Straßenbahndame warf er mit Kohlenstückchen. Als der Gendarm erschien griff er ihn tödlich an und setzte Widerstand. Er macht geltend, faullos betrunken gewesen zu sein. Die Bilder führen ihre Drangsal auf einen Erbschüler zurück; ihre Mutter sei nach dem Alkohol ergeben gewesen. Das Gericht berücksichtigte dies bei der Strafumsetzung und erkannte auf zwei Wochen Gefängnis.

Militärgericht.

Nicht eingetroffen.

Der 29 Jahre alte Reservist und Soldat 2. Klasse Adolf August Zappeler erhielt im Sommer vorjähriges vom zuständigen Generalstabskommando einen Gestellungsbefehl, wonach er am 26. August zu einer 14-tägigen Reservehebung beim Infanterieregiment Nr. 47 einzutreten hatte. Seine aktive Militärzeit hatte er vorher beim Infanterieregiment Nr. 178 in Kramm abgeleistet. Einige Zeit nach Empfang des Gestellungsbefehls wechselte er seinen Wohnort, wurde Arbeitssuch und verbrauchte sein ganzes Geld. Als die Nebungszzeit herangereist war, hatte er keine Baumittel und war heruntergekommen. Dieserhalb trat er nicht ein. Um nicht entdeckt zu werden, meldete er sich in einem Ort an, wo er gar nicht wohnte, und die Postboten wieder ließ er sich nach der Blätterherberge schicken. Während der Weihnachtsfeiertage hielt er sich in Bernstadt, wo er sich gemeldet hatte, auf, wurde aber hier auf Grund eines hinter ihm erlassenen Strafbefehls verhaftet und in Untersuchungshaft gebracht. Obgleich doch nur eine unerlaubte Entfernung vorlag erhielt der Reservist eine Anklage wegen Fahnenflucht. Das Gericht nahm nur unerlaubte Entfernung von der Truppe in der Dauer von über sieben Tagen an und erkannte auf die immerhin noch sehr harte Strafe von sieben Wochen Gefängnis.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Unfallverhütung!

Noch Inkrafttreten des Unfallversicherungsgesetzes im Jahre 1884 waren es zuerst die Buchdrucker, die sich zu einer Berufsgenossenschaft zusammenschlossen, dann erst folgten nach und nach die anderen Berufe. Jetzt ist die Buchdruckerberufsgenossenschaft mit einer Neuerung auf den Plan getreten, die besonders von den Bürgern nachgeahmt zu werden verdient, die eine große Unfallhäufigkeit zu verzeichnen haben. In allen größeren Druckstudien des Reiches werden gegenwärtig die im Buchdruckergewerbe an Maschinen beschäftigten Arbeiter und Arbeitnehmer zusammengetragen, um einen Vortrag des Aufsichtsbeamten der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft, Herren Oberingenieur Rothe, zu hören, der die Unfallverhütung an der Hand von Lichtbildern behandelt. Auch in Dresden fanden zwei solche Versammlungen statt, die sehr gut, besonders durch Druckerlehrungen und an Maschinen arbeitende weibliche Versicherer besucht waren. Diese Vorträge sollen auf die Unfallhäufigkeit mindernd einwirken und dienen damit in erster Linie dem Interesse der Berufsgenossenschaft, sie helfen aber mittelbar durch die Vorlegung einer zweckmäßigen Unfallverhütung in einem Maße auch den Arbeitern und Arbeitern zu. Da nach den Vorträgen freie Diskussion stattfindet, ist um so weniger gegen diese Neuerung an sich einzutreten. Der Vortrag ging zunächst auf die Zustände vor der Schaffung des Unfallversicherungsgesetzes ein und bildete die mittlere Lage der Vergangenheit unter dem Haftpflichtgesetz von 1871, als es noch keine Krankenfonds gab und der verletzte Arbeiter erst durch eine unschändliche Prozessführung zu seinem Rechte kommen konnte. Er sprach ferner die für die Versicherer wichtigsten Bestimmungen des jetzt geltenden Unfallversicherungsgesetzes, um dann die Berufsgenossenschaften einzuhängen zu behandeln, da die Genossenschaften nicht nur dazu da seien, um die durch Unfälle Verletzten oder deren Hinterbliebenen zu unterstützen, sondern auch, um Unfälle zu verhindern. Ausgehend von dem Grundsatz, daß für den Arbeiter keine gesunden Glieder das beste Kapital seien, deren Verlust ihm keine noch so hohe Unfallrente erzielen werde, wortete er besonders die Unterhaltung und den Arbeitsgenuss während der Arbeit, um dann auf die einzelnen im Buchdruckergewerbe sich erzielenden Unfälle einzugehen, die sich besonders häufig beim Auslegen der Ränder und beim Einunterdrücken der Spiege während des Biegens der Maschinen ereignen. Diese Arbeiten dürften unbedingt nur beim Stützen der Maschinen verrichtet werden. Eine italienische Berufsgenossenschaft hat für einen transportablen Maschinenleger einen Preis von 100.000 R. ausgesetzt. Das Preisurteil wird jetzt ergebnislos gewesen. Mit Hilfe von Lichtbildern zeigte der Vortragende wie durch Anbringung von oft einfachen Schutzvorrichtungen häufig Verletzungen vermieden werden können. Am Sonntag einer technischen Konferenz der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft mit Maschinenfabrikanten und Druckereibesitzern wurde darauf hingearbeitet, musterqualitative Schutzvorrichtungen und andere Vorkehrungen zu schaffen, um die Unfallziffern zu vermindern. Dies Ziel sollte auch durch eine schärfere Anwendung der Strafbestimmungen gegen die Versicherer zu erreichen gesucht werden. Am Schlusse seines Vortrages sprach der Referent die Hoffnung aus, daß die Hörer nun in den Stand gesetzt seien, sich selbst und andere vor Unfällen zu bewahren.

Zu der Diskussion betonte der Vorstehende des Dresdner Maschinenmeistervereins, Genosse Lehmann, den Standpunkt der Arbeiter zu den behandelten Fragen. Er degradierte das Vorzeigen der Berufsgenossenschaft, wies aber auch darauf hin, daß die Arbeiter die gefährlichen Arbeiten nicht aus eigenem Antriebe verrichten, sondern dazu gezwungen würden durch die Art der Arbeit. Das bemerkte am besten die Statistik der Berufsgenossenschaft, die die höchsten Unfallziffern in den Stunden, Tagen und Monaten der verschärften Anspannung der Arbeitskräfte verzeichnete. Es sei deshalb notwendig, daß auch den Arbeitgebern gesagt werde, wie sie sich zu verhalten hätten um Unfälle zu verhindern. Weiter riet er an, daß den Versicherern die Unfallverhütungsworfahrten in handlichem Format übergeben werden möchten, da sie häufig in den Betrieben an verschiedenen Stellen nicht gelesen würden.

Daß solche Vorlagen auch den Arbeitern Aufsehen bringen können, ist zweifellos richtig, aber der Nachweis der Berufsgenossenschaften, daß überall dort, wo ein Unfall erkennt werden kann, ein Verbot der Unfallverhütungsvorrichtungen überreicht wurde, die Sache einzige und allein dem Verleiter zuzuschreiben sei, ist unserer Meinung nicht erbracht. Die Wurzel des Neides, der in wirtschaftlichen Gegensätzen zu suchen ist, müßte darüber zu erfassen gesucht werden, daß auch der Anteil der Prinzipale und Besitzer an den Unfällen festgestellt und mit Verboten und Strafen bedroht wird. Die Unfallverhütung ist für die Arbeit ein der wichtigsten Probleme, zu dessen Lösung den Vertretern der Versicherer ein größeres Mitwirkungsergänzung eingeräumt und die Zahl der Aufsichtsbeamten durch Hinzuziehung von geeigneten Personen aus Arbeitertreinen verstärkt werden müsse. Um übrigens liegen in einer vernünftigen Arbeitsweise, in einer mit den Leistungserfordernissen im Einstellungsbereich vereinbarten Arbeiterschaft noch Zahl und Qualität die sichersten Unfallverhütungsmittel.

Folates.

An die Bauarbeiterchaft von Dresden und Umgebung.

Die Agitationssleitung des Deutschen Gläserverbandes sieht sich veranlaßt, an die gesamte Bauarbeiterchaft die Bitte zu richten, uns in unseren Organisationsbestrebungen dadurch zu unterstützen,

dass sie sich von allen auf Bauteilen beschäftigten Gläsern die eingeschriebene Kontrollkarte vorstellen läßt.

Da die Organisationsarbeit für uns, bedingt durch die einzelne Arbeitsweise und den ständigen Wechsel der Arbeitsstelle, eine sehr schwierige ist, 15, hoffen wir, dass ist der Bauarbeiterkarte unserer Gläsern die Kontrollkarte nicht vorweisen können, an ihre Organisation verweilt.50 Pf. pro Tag muss im Vertrag dieser Kontrollkarte sein.

5>

Die Agitationssleitung des Deutschen Gläserverbandes.

Anland

Lohnbewegungen.

Die Tarifverhandlungen zwischen den Kommissionen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im Holzgewerbe sind noch längerer Laufzeit in Berlin wieder aufgenommen worden.

In Regensburg sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Brauindustrie mit wesentlichen Verbesserungen für die Arbeitnehmer festgelegt worden.

Ausland.

Eine Lohnbewegung der Buchdrucker in Norwegen.

ak. Da am 31. März d. J. etwa 50 Tarife laufen, ist eine Tarifverhandlung im Gange, die auf einen einheitlichen Band des Buchdruckergewerbes abzielt.5

Die Tarifverhandlungen für Arbeiter und Arbeitnehmer jeder Art zu erzielen.

Die Unternehmen haben sich zu Verhandlungen bereit erklärt.

Neues aus aller Welt.

Freudenhäuser für die Marine.

Dem Hamburger Echo wird aus Wilhelmshaven geschrieben: Die Bürger der von Wilhelm II. besonders häufig besuchten Stadt Wilhelmshaven befinden sich seit einiger Zeit in bedeutender Aufregung. Gilt es doch, in der Stadt, der die deutsche Marine umfangreich das Kolonial-Denkmal schenkt, einen lebhaften Kampf gegen die Errichtung eines Freudenhauses zu führen. Ein von Gewerkschaftsmitgliedern wenig geplante Unternehmer hat von der Polizeibehörde die Erlaubnis zur Errichtung eines Logierhauses für Prostituierte nachgefragt. Nun wäre ja an einem solchen Wunsche nichts Besonderes, indes will der gute Mann aber auch einen Reihenbetrieb mit Damenbedienung einrichten. Kurz die Genehmigung der Konzessionierung eines vereiteten Bordells vorausgeschickt. Es liegt sonderbar; aber in Wilhelmshaven besteht bereits seit Jahren ein solches öffentliches Haus, dessen Betrieb wohl gegen die Bestimmungen des Strafgesetzes verstößt, aber doch hilflos gegen die Gewohnheiten des Strafgesetzes verhindert, aber doch hilflos gegen die Gewohnheiten des Strafgesetzes verhindert. Meint man doch, daß das regelmäßige längere Zeit abwechselnde Wartezimmer in Gebäuden wie Wilhelmshaven zur Zeit der Freudenhäuser haben müsse, anderthalb Ansätze auf Frauen und Männerzimmer nichts Stattes wären. Gegen die Errichtung weiterer Häuser, deren Genehmigung durch die Polizeibehörde vorstehten soll, neigen sich nun aber die in der Nähe der prächtigen Freudenhäuser wohnenden Bürger, keinerlich aus moralischen Gründen, innerlich aber fürchten sie besonders einen Rückgang der Wohnungsmieten. Eine große Protektion ist eingeleitet. Der französische Konsulat Bona aus Berlin wurde vertrieben und vertreibt gegen das drohende angestiegen Unzugsgefecht. Ein Spaziergänger macht den Vorfall, eine alte Dame, die in einem solchen Haus abgetreten ist, weiß keinen Platz zu führen. Dieser Vorfall erregt wohl Verwundung, wenn man doch weiß, daß das regelmäßige längere Zeit abwechselnde Wartezimmer nichts Stattes wären. Gegen die Errichtung weiterer Häuser, deren Genehmigung durch die Polizeibehörde vorsteht, neigen sich nun aber die in der Nähe der prächtigen Freudenhäuser wohnenden Bürger, keinerlich aus moralischen Gründen, innerlich aber fürchten sie besonders einen Rückgang der Wohnungsmieten. Eine große Protektion ist eingeleitet. Der französische Konsulat Bona aus Berlin wurde vertrieben und vertreibt gegen das drohende angestiegen Unzugsgefecht. Ein Spaziergänger macht den Vorfall, eine alte Dame, die in einem solchen Haus abgetreten ist, weiß keinen Platz zu führen. Dieser Vorfall erregt wohl Verwundung, wenn man doch weiß, daß das regelmäßige längere Zeit abwechselnde Wartezimmer nichts Stattes wären. Gegen die Errichtung weiterer Häuser, deren Genehmigung durch die Polizeibehörde vorsteht, neigen sich nun aber die in der Nähe der prächtigen Freudenhäuser wohnenden Bürger, keinerlich aus moralischen Gründen, innerlich aber fürchten sie besonders einen Rückgang der Wohnungsmieten. Eine große Protektion ist eingeleitet. Der französische Konsulat Bona aus Berlin wurde vertrieben und vertreibt gegen das drohende angestiegen Unzugsgefecht. Ein Spaziergänger macht den Vorfall, eine alte Dame, die in einem solchen Haus abgetreten ist, weiß keinen Platz zu führen. Dieser Vorfall erregt wohl Verwundung, wenn man doch weiß, daß das regelmäßige längere Zeit abwechselnde Wartezimmer nichts Stattes wären. Gegen die Errichtung weiterer Häuser, deren Genehmigung durch die Polizeibehörde vorsteht, neigen sich nun aber die in der Nähe der prächtigen Freudenhäuser wohnenden Bürger, keinerlich aus moralischen Gründen, innerlich aber fürchten sie besonders einen Rückgang der Wohnungsmieten. Eine große Protektion ist eingeleitet. Der französische Konsulat Bona aus Berlin wurde vertrieben und vertreibt gegen das drohende angestiegen Unzugsgefecht. Ein Spaziergänger macht den Vorfall, eine alte Dame, die in einem solchen Haus abgetreten ist, weiß keinen Platz zu führen. Dieser Vorfall erregt wohl Verwundung, wenn man doch weiß, daß das regelmäßige längere Zeit abwechselnde Wartezimmer nichts Stattes wären. Gegen die Errichtung weiterer Häuser, deren Genehmigung durch die Polizeibehörde vorsteht, neigen sich nun aber die in der Nähe der prächtigen Freudenhäuser wohnenden Bürger, keinerlich aus moralischen Gründen, innerlich aber fürchten sie besonders einen Rückgang der Wohnungsmieten. Eine große Protektion ist eingeleitet. Der französische Konsulat Bona aus Berlin wurde vertrieben und vertreibt gegen das drohende angestiegen Unzugsgefecht. Ein Spaziergänger macht den Vorfall, eine alte Dame, die in einem solchen Haus abgetreten ist, weiß keinen Platz zu führen. Dieser Vorfall erregt wohl Verwundung, wenn man doch weiß, daß das regelmäßige längere Zeit abwechselnde Wartezimmer nichts Stattes wären. Gegen die Errichtung weiterer Häuser, deren Genehmigung durch die Polizeibehörde vorsteht, neigen sich nun aber die in der Nähe der prächtigen Freudenhäuser wohnenden Bürger, keinerlich aus moralischen Gründen, innerlich aber fürchten sie besonders einen Rückgang der Wohnungsmieten. Eine große Protektion ist eingeleitet. Der französische Konsulat Bona aus Berlin wurde vertrieben und vertreibt gegen das drohende angestiegen Unzugsgefecht. Ein Spaziergänger macht den Vorfall, eine alte Dame, die in einem solchen Haus abgetreten ist, weiß keinen Platz zu führen. Dieser Vorfall erregt wohl Verwundung, wenn man doch weiß, daß das regelmäßige längere Zeit abwechselnde Wartezimmer nichts Stattes wären. Gegen die Errichtung weiterer Häuser, deren Genehmigung durch die Polizeibehörde vorsteht, neigen sich nun aber die in der Nähe der prächtigen Freudenhäuser wohnenden Bürger, keinerlich aus moralischen Gründen, innerlich aber fürchten sie besonders einen Rückgang der Wohnungsmieten. Eine große Protektion ist eingeleitet. Der französische Konsulat Bona aus Berlin wurde vertrieben und vertreibt gegen das drohende angestiegen Unzugsgefecht. Ein Spaziergänger macht den Vorfall, eine alte Dame, die in einem solchen Haus abgetreten ist, weiß keinen Platz zu führen. Dieser Vorfall erregt wohl Verwundung, wenn man doch weiß, daß das regelmäßige längere Zeit abwechselnde Wartezimmer nichts Stattes wären. Gegen die Errichtung weiterer Häuser, deren Genehmigung durch die Polizeibehörde vorsteht, neigen sich nun aber die in der Nähe der prächtigen Freudenhäuser wohnenden Bürger, keinerlich aus moralischen Gründen, innerlich aber fürchten sie besonders einen Rückgang der Wohnungsmieten. Eine große Protektion ist eingeleitet. Der französische Konsulat Bona aus Berlin wurde vertrieben und vertreibt gegen das drohende angestiegen Unzugsgefecht. Ein Spaziergänger macht den Vorfall, eine alte Dame, die in einem solchen Haus abgetreten ist, weiß keinen Platz zu führen. Dieser Vorfall erregt wohl Verwundung, wenn man doch weiß, daß das regelmäßige längere Zeit abwechselnde Wartezimmer nichts Stattes wären. Gegen die Errichtung weiterer Häuser, deren Genehmigung durch die Polizeibehörde vorsteht, neigen sich nun aber die in der Nähe der prächtigen Freudenhäuser wohnenden Bürger, keinerlich aus moralischen Gründen, innerlich aber fürchten sie besonders einen Rückgang der Wohnungsmieten. Eine große Protektion ist eingeleitet. Der französische Konsulat Bona aus Berlin wurde vertrieben und vertreibt gegen das drohende angestiegen Unzugsgefecht. Ein Spaziergänger macht den Vorfall, eine alte Dame, die in einem solchen Haus abgetreten ist, weiß keinen Platz zu führen. Dieser Vorfall erregt wohl Verwundung, wenn man doch weiß, daß das regelmäßige längere Zeit abwechselnde Wartezimmer nichts Stattes wären. Gegen die Errichtung weiterer Häuser, deren Genehmigung durch die Polizeibehörde vorsteht, neigen sich nun aber die in der Nähe der prächtigen Freudenhäuser wohnenden Bürger, keinerlich aus moralischen Gründen, innerlich aber fürchten sie besonders einen Rückgang der Wohnungsmieten. Eine große Protektion ist eingeleitet. Der französische Konsulat Bona aus Berlin wurde vertrieben und vertreibt gegen das drohende angestiegen Unzugsgefecht. Ein Spaziergänger macht den Vorfall, eine alte Dame, die in einem solchen Haus abgetreten ist, weiß keinen Platz zu führen. Dieser Vorfall erregt wohl Verwundung, wenn man doch weiß, daß das regelmäßige längere Zeit abwechselnde Wartezimmer nichts Stattes wären. Gegen die Errichtung weiterer Häuser, deren Genehmigung durch die Polizeibehörde vorsteht, neigen sich nun aber die in der Nähe der prächtigen Freudenhäuser wohnenden Bürger, keinerlich aus moralischen Gründen, innerlich aber fürchten sie besonders einen Rückgang der Wohnungsmieten. Eine große Protektion ist eingeleitet. Der französische Konsulat Bona aus Berlin wurde vertrieben und vertreibt gegen das drohende angestiegen Unzugsgefecht. Ein Spaziergänger macht den Vorfall, eine alte Dame, die in einem solchen Haus abgetreten ist, weiß keinen Platz zu führen. Dieser Vorfall erregt wohl Verwundung, wenn man doch weiß, daß das regelmäßige längere Zeit abwechselnde Wartezimmer nichts Stattes wären. Gegen die Errichtung weiterer Häuser, deren Genehmigung durch die Polizeibehörde vorsteht, neigen sich nun aber die in der Nähe der prächtigen Freudenhäuser wohn

4 Ausnahme-Tage

Freitag den 17., Sonnabend den 18.,
Montag den 20. und Dienstag den 21. Januar 1913

Extrafeine Teefutter, das Beste, was es gibt.
Feinste Tafelbutter 1 Pfund 132,-, 128,- und 124,- Pf.

Dicker fetter Speck 1 Pfund 95,- Pf.

Sehr delikates Rauchfleisch Bei 5 Pfund 92,- Pf.

Feinste Zervelat- und Salamiwurst 1 Pfund 105,- Pf.

Feine Braunschw. Rotwurst, sehr mager u. gut gewürzt 1 Pfund 68,- Pf.

Echte Frankfurter Wurstchen 1 Pfund 44,- Pf.

Feine Sülze, vorzüglich im Geschmack Bei 5 Pfund 40,- Pf.

Garantiert reines Schweineschmalz 1 Pfund 74,- Pf.

Garantiert reines Roggenbrot 1. Sorte Bei 5 Pfund 72,- Pf.

Sehr gutes Landbrot 4 Pfund 46,- Pf.

Weizenmehl (Sternmarke) Originalreinheit 4 Pfund 43,- Pf.

Gemahlener Zucker 5 Pfund 38,- Pf.

Feinster Makaroni 5 Pfund 78,- Pf.

Feinster Emmenthaler Käse 1 Pfund 110,- Pf.

Feinster Schweizerkäse Bei 5 Pfund 28,- Pf.

Limburger Käse 1 Pfund 95,- Pf.

Feinster Altenburger Ziegenkäse Bei 5 Pfund 90,- Pf.

Echt Westf. Pumpernickel, 1 Botet, enthaltend 6 Scheiben 1 Pfund 55,- Pf.

Gutkochende weisse Bohnen Bei 5 Pfund 52,- Pf.

Gutkochende grosse Linsen 1 Pfund 19,- Pf.

Gutkochende gelbe Viktoria-Erbsen Bei 5 Pfund 18,- Pf.

Gutkochende grüne Erbsen Bei 5 Pfund 10,- Pf.

Portwein 1 Pfund 125,- Pf.

Tarragona 1 Pfund 98,- Pf.

Samos Muskat 1 Pfund 88,- Pf.

Ruster Ausbruch 1 Pfund 130,- und 150,- Pf.

Punsch, alkoholfrei 1 Pfund 58,- Pf.

Gerösteter Kaffee Bei 5 Pfunden 140,-, 150,- und 170,- Pf.

Echter Malzkaffee 1 Pfund 25,- Pf.

Feiner Kakao, garantiert rein Bei 5 Pfunden 24,- Pf.

Garantiert reine Block-Schokolade 1 Pfund 20,- Pf.

Krügers Pflanzenfett Bei 5 Pfunden 60,- Pf.

100% Fettgehalt, reines Naturprodukt Bei 5 Pfunden 58,- Pf.

Als wirklicher Ersatz für Molkerei-Butter empfiehlt ich meinen

Essbutter-Ersatz erstklass. Edelmargarine

,Pfirsich“

pro Pfund 100 Pf. mit Beigaben.

„Pfirsich“ wurde auf der Internat. Hygiene-Ausstellung in Dresden mit der Goldenen Medaille prämiert.

**F. E. Krüger
18 Webergasse 18.**

Nr. 1912 Telefon Nr. 1912.

Freier Versand nach allen Stadtteilen.

Weitere Geschäfte:

Alaunstrasse 32, Augsburger Strasse 33, Schäferstrasse 15, Oschatzer Strasse 32, Kesselsdorfer Strasse 18 und 72.

Gutschein.

Bei Einkauf von 1 Pfund meiner vorzüglichen Ch.-butter. Erstes. Edel. Mar.arine

,Pfirsich“ gewähre ich gegen diesen Gutschein 1 Pfund garant. reine

Blockschokolade über 1 Pfund alkoholfrei.

Punsch über 1 Dose, enthaltend 25 Bouillonwürfel als Beigabe.

Gültig am 17., 18., 20. und 21. Januar 1913.

Gutschein.

Bei Einkauf von 2 Pfund meiner vorzüglichen Ch.-butter. Erstes. Edel. Mar.arine

,Pfirsich“ gewähre ich gegen diesen Gutschein 1 Pfund garant. reine

Blockschokolade über 1 Pfund alkoholfrei.

Punsch über 1 Dose, enthaltend 25 Bouillonwürfel als Beigabe.

Gültig am 17., 18., 20. und 21. Januar 1913.

Gutschein.

Bei Einkauf von 5 Pfund meiner vorzüglichen Ch.-butter. Erstes. Edel. Mar.arine

5 Pfund Weizenmehl (Sternmarke) oder

1 Pfunde süßen Samos oder 1 Pf. garant. reinen

Kakao erhält der Ueberbringer dieser bei Einkauf von 5 Pfund

Edel-Margarine, „Pfirsich“ als Beigabe.

Gültig am 17., 18., 20. und 21. Januar 1913.

Feensaal

17. Januar

Maskenball

Deutsche Reichskrone.

Börner's Restaurant

Schmiedeberg.

Sonnabend den 18. Januar

Großes Schlachfest.

Dortzu lädt freundlich ein

Otto Börner.

Zum

Maskenball

u. anderes passend. Große

Vasen bildige Blumen, Blätter,

Palmenwedel, Ranken, Federn,

frische u. verlaufen. Große

Antechimären, 100 Gold 1 M.

kleine Blumen, 100 Gold 30 Pf.

Große Vorräte in bildigen Strauß-

federn, Federnholz u. Rosen, 1.00,

5.—, 8.50 M. f. Ballblumen,

Reis u. ähnlichen Haarschmuck.

Preise siehe Preisliste.

Reparaturen prompt.

Ernst Noek, Bürgerstr. 8.

SARRASANI TROCADERO

am 11 Uhr: **Debut... 10** internationalen Kunsträten.

Eintritt 3 Mark. Eintritt 3 Mark.

Wir empfehlen im Kreise herabgelegt in unterer Ausgabe:

Die berühmten Romane

von Upton Sinclair

Metropolis, broschiert 1.25

In zehn Jahren, gebunden 1.35

Folksbuchhandlung, Große Zwingerstraße 14.

Mehrere tüchtige Revolverdrehen

für genaue Arbeiten in dauernde Stellung halbdigt gefügt. Offiziell

mit Lebenslauf und Pragnatschriften erbeten.

Carl Zeiss, Jena.

„Erno“

Tüchtige Metalldrücker

werden bei hohem Lohn u. dauernder Beschäftigung gefügt, die bewundern sind in Arbeiten von Metallplatten, Zinnoptiken, Grammophonen usw. Etwa das Neueste.

Reparaturen prompt.

Ernst Noek, Bürgerstr. 8.

Kleine Anzeigen

Federbetten

für jedes

Federreinigung, Amalienstraße 12.

Gewissen-

hall repar. Uhren

Feder 75 Pf. Reinigen 1 M. nur

Drehen 1 a. 1. Etage

Zigarren

nur eigen.

meine Fabrikat

von nur überfeinen Tabaken ge-

fertigt, einer gereichten Deichung.

K. Nehfeller, Meißnerstr. 18.

Gründl. fol. zum Sprechen über.

Unterricht: Englisch u. Französ.

et. Hartmann, Strudelstr. 30, 8.

Sohlpostarten

für Vereine

empfohlen. In großem Ausmaß das Verlagshaus

Karl-Krause, Ritterstraße 14.

Theater-Dienstpostkarte beim

Genossen 61. Petrich, Klausstr. 54

Gänse

lebt Woche, Vid. nur 70 u. 75 Pf.

g. Loope, Mohrenstraße 23.

Strohsäcke

füllt man nur noch mit Stroh-

pänen. Unverwüstlich, elastisch

und sauber.

Wollensfabrik, Auguststraße 29

Sanitäts-Versand

M. Ebert, Kötzschenbroda

Hauptstraße 15.

H.-Rad

(Diamant), 25 M. u. neu

zu verl. Oppelnstr. 19, I. r.

Fahrrad - Mäntel

Schlüsse, Ritter, Pedale usw.

sowie alle Reparaturen schnell und

preisw. G. Schneider, Döbeln Nr. 11

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Zahlstelle Dresden.

Den Mitgliedern hiermit die traurige Nachricht, daß am

Reichstag.

1. Sitzung. Mittwoch, den 15. Januar, nachmittags 1 Uhr.
Am Vorsitzenden: Dr. Delbrück.

Der Staat des Innern.

3. Tag.

Abg. Frhr. v. Gamm (Sp.): Namens meiner Freunde habe ich zunächst unsere einmütige Entfernung über das Auftreten des Abg. Wetterle in Frankreich auszudrücken. (Bravo!) Ein solcher Mann sollte selbst einschreien, daß für ihn im Deutschen Reichstag kein Platz ist. (Bravo!)

Die bänkische Art, mit der die Sozialdemokratie die deutsche Sozialpolitik in den Staub zieht, ist bekannt. Die Versicherung der Angestellten, die Ausdehnung der Krankenversicherung aus das plate Land hinein, der Bürger verschlossen zu haben. Es ist einmütiger Wunsch der bürgerlichen Parteien, daß dem Volke erst einmal Zeit gelassen wird, sich in diese neuen Wege einzuleben. An großen Problemen steht nur noch die Arbeitslosenversicherung aus. Aber sie läßt sich nicht als Zwangsversicherung einführen. Auf dem Lande trägt heute der Arbeitgeber durch die langfristigen Kontakte allein die Kosten vorübergehender Arbeitslosigkeit. Die gelernten Industriearbeiter sehen sich heute viel besser, als die Handwerker und Bauern. (Sehr richtig! rechts.) Sie können sich viel besser ernähren und haben auch nicht die Sorge um die Zukunft, weil ein tüchtiger Arbeiter heute überall Arbeit findet. (Sehr richtig! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Gegen den Terror der Sozialdemokratie, der Arbeitswillige an Arbeit verhindert, muß der Staat einschreien. Dazu ist vor allem ein Verbot des Streitpostenstehens notwendig. Industrie und Handelstand fordern sehr einmütig einen solchen Schutz der Arbeitswilligen. Auf die Dauer kann sich auch kein Staatssekretär diesem einmütigen Willen der gewerbebetreibenden Kreise entziehen. Der Staatssekretär hat sich seinerzeit auch nur gegen ein Ausnahmegesetz erhoben. Auf das Wort legt ich gar keinen Wert, nennen Sie es doch anders. Dessenfalls findet der Staatssekretär einen Weg, der es auch den Freisinnigen ermöglicht, solchen Maßnahmen zuzustimmen. Die Verdächtigung des Abg. Fischer gegen das Reichsgericht weise ich als politische Unnachvollgänglichkeit zurück. Redner sagt über die Schäden, die dem kleinen Kaufmann durch die Konsumvereine und Warenhäuser ausgefügt werden. Herr Müller-Reiningsen hat das preußische Wahlrecht kritisiert. Die süddeutschen Herren sollen doch erstmals die preußischen Verhältnisse kennenzulernen, ehe sie darüber sprechen. Nach einem Worte Biometers sind sie wie eine Wolljade, die anfangs etwas frisch, in der man sich aber sehr bald recht wohl fühlt. (Zustimmung rechts.)

Abg. Jcl (B.): Auch wir missbilligen das Auftreten Wetterles, falls die Zeitungen richtig darüber berichtet haben. Dr. Wetterle ist nicht Mitglied des Zentrums. Das könnte auch Herr Müller-Reiningsen wissen, der sich weit besser mit seinem Parteifreund Blumenthal beschäftigen sollte. (Sehr gut! im Zentrum.) Der Redner sagt, daß es dem selbständigen Mittelstand so schlecht gehe. Der Reichstag hat oft etwas für ihn tun wollen, aber die Regierung verzögert ihn immer nur mit schwedennden Erwägungen. Was den Schutz der Arbeitswilligen anlangt, so wollen wir keine Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter. Streits könnten durchaus berechtigt sein. Aber wir verlangen auch, daß diejenigen, die arbeiten wollen, nicht durch Gewalt davon gehindert sind. (Bravo! im Zentrum.) Mit dem Schlagwort „Auch das Gehege“ werden die Arbeiter nur irreführt. Man soll die Streitereien zwischen Arbeitern nicht zu ernst nehmen, aber unthalbar ist der Zustand, daß ein Arbeiter an der Arbeit verhindert wird, aber ein Streit ausgelöst wird, weil Arbeiter sich aus speziellen Gründen nicht einer bestimmten Gewerbeschule anschließen wollen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auch das Handwerk muß auf geschäftsberichten Schutz dagegen bestehen. Aus diesem Grunde haben wir im vorigen Jahre für die konserneute Mefolution betreffend den Schutz der Arbeitswilligen gestimmt. Diesmal ist die Mefolution nicht ganz gründlich gesetzt, denn es ist schwer, festzustellen, was im einzelnen Falle Streitpostenreihen ist. Redner wendet sich zum Schluß gegen die Beamtenkonjunktur, welche und verlangt die endliche Einführung des zweiten Teils des Gesetzes zur Sicherung der Bauarbeiter. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich will mich heute auf Ausführungen zur Sozialpolitik beschränken. Meine Rede über das Sozialrecht hatte lediglich den Zweck, an der gesetzlichen Entwicklung der Gesetzgebung und der Judikatur die Grenzen des Koalitions- und Vereinsreiches festzulegen. Meine juristischen Ausführungen sind bis jetzt nicht widerlegt. Auf die Konkurrenzreihen einzugehen, die sich aus meinen Ausführungen für das Handeln bestimmter Ressorts etwa ergeben könnten, war nicht meine Absicht. Auch wie die Ressorts in den einzelnen Ressorts angeordnet werden, habe ich nicht zu vertreten, dies geschah vielmehr unter der Verantwortlichkeit der betreffenden Ressorts. Deshalb ist der Vorwurf des Abg. Fischer, durch meine Ausführungen sei das Koalitionrecht vernichtet worden, unbegründet. Ständig werden Versuche gemacht, das Koalitionrecht über seine Grenzen hinaus zu erweitern; die Regierung wird dadurch in eine Komplikation gedrängt und aus ihrer dauernden Abwehr dieser Versuche wird der Anschein einer Unzuverlässigkeit erweckt, die gar nicht besteht. Die weitgehenden Konsequenzen, die Herr Dr. Müller-Reiningsen aus meinen Vermittlungen über die Enzyklopädie, die nur den Geltungsbereich des § 1 des Reichsverfassungsgelehrten nach allen Richtungen festlegen sollten, gezogen hat, lehne ich ausdrücklich ab. Herr Dr. Müller wollte Ausführungen über den Inhalt unserer Verhandlungen mit der Kürze. Neben diplomatischen Verhandlungen ohne Zustimmung des anderen Teiles Mitteilungen zu machen, ist nicht üblich. Es genügt aber auch, was ich schon mitgeteilt habe, daß wir in Mailand zugunsten des christlichen Gewerkschaften gewählt haben, und zwar vor der Enzyklopädie, und daß diese den Willen der Kurie ersehen läßt, den katholischen Arbeitern den Beitritt zu den Gewerkschaften nicht zu verbieten, und daß nunmehr das Vorstehen der christlichen Gewerkschaften gesichert ist.

Erster Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes
k. Jena, 14. Januar.

Der Vorstandtag wurde heute fortgesetzt. Die Debatte über die Geschäftsräte wurde heute fortgesetzt. Sie bewegte sich zunächst in ruhigen Bahnen, wurde aber bald sehr lebhaft, als Gauleiter Hüttermann unter teilweise Zustimmungsforderungen sehr scharf auf die gestreiten Ausführungen von Paepcke antwortete. — Silberschmidt suchte zu vermittelns, in der Sache jedoch stand er Hüttermann bei. — Paepcke ging dann in der Ressorttagssitzung ausdrücklich auf die Angriffe gegen ihn ein. Er räumte, daß lediglich die Personenfrage, wer erster Vorstand des Verbandes werden solle, die Reize des Streites sei. Der Vorstandtag folgte seinen Ausführungen unter lautloser Stille. Als Paepcke am Schluß seiner Ausführungen erklärte, nun für den Posten des ersten Vorständen nicht mehr kandidieren zu wollen, bezeichnete sich der Verbandstag als eine Bewegung. Man ließ eine Pause eintreten, und nach dieser bekannte Silberschmidt, er habe noch nie daran gedacht, den ersten Posten im Verbande bekleide zu wollen. Er hoffe, daß Paepcke doch auf seinem Posten bleibe. Der nächste Redner

Höchst-Berlin lobt den Grundstein, der ein gutes Stück Arbeit leiste, er gehörte zu den besten Gewerkschaftsblättern. Redner meint, daß der Vorstand Aussklärung über die Sozialfürsorge gebe, damit die Delegierten zu Hause für sie Agitation betreiben könnten. — Redner Bösen begründet einen Antrag, den Bau Bromberg zu teilen. — Pirauer-Dessau meinte, der Ausdruck verfahren bei Einholung seiner Berichte über Beschwerden seie fehlgeschlagen.

Gauleiter Hüttermann-Frankfurt a. M. ist mit der Antwort einverstanden, auf den Antrag Frankfurt, eine fachtechnische Beilage herauszugeben, nicht bestiebt. Er ging dann auf die Auseinander-

Graf Meltzer forderte einen schönen Schutz der Arbeitswilligen. Das, was ich im vorigen Jahre gesagt habe, ist auch heute noch meine Meinung, auch die der beteiligten Ressorts und insbesondere des Reichskanzlers. Alle Forderungen zum Schutz der Arbeitswilligen gipfelten in dem Ruf nach einem Verbot des Streitpostenreihens. Ich wiederhole noch einmal, daß ich dieses Verbot für ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung der Nebel halte, die ich mit Ihnen anerkenne. Der Terrorismus gegen Arbeitswillige wird nur zum kleinen Teile durch Streitposten ausgeübt. Er geschieht vielmehr durch Leute beim Spazierengehen, durch Frauen, durch Kinder, er wird ausgeübt in den Werkstätten, in den gemeinsamen Waschläufen, in den Konsumvereinen, Löden und Restaurationsen. Eine juristisch einwandfreie Formulierung der Streitpostenreihens zu finden, dürfte überaus schwer sein. Die Bekämpfung der beklagten Erbfeinde kann nur durch eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen über Kleidung, Nähigung, Körperverehrung usw. gefunden werden. In der Ausarbeitung solcher Bestimmungen sind wir begreiflich. Ich halte es aber nicht für angebracht, sie losgelöst von der allgemeinen Strafgesetzmäßigkeit hier zu verhandeln. Dazu kommt, daß das geltende Recht tatsächlich bisher ausgereicht hat. So sind im Aufruhr von etwa 2000 Anfangen erhoben worden (Lehnsdorf hört hört bei den Sozialdemokraten) und es hat sich in vielen Fällen um Ausschreitungen von streitenden Bergleuten gegen Arbeitswillige gehandelt, während nur eine geringe Zahl von Ausschreitungen Arbeitswilliger zur Kenntnis der Behörde gelangt sind. (Lehnsdorf hört hört bei den Sozialdemokraten.) Ein großer Teil der Verurteilungen richtet sich gegen Jugendliche, die niemals zu Streitposten verwendet werden, gegen Frauen, die ebenfalls nicht Streitpostenreihen, sondern die Frontkrieger des Arbeiterscheeres sind. (Große Heiterkeit.) Auch Widerstand gegen Beamte und Militär wurde hervorgerufen durch den Schutz, den Polizei und Militär wurde hergerufen durch den Schutz der Behörde gelangt sind. (Lehnsdorf hört hört bei den Sozialdemokraten.) Ein großer Teil der Verurteilungen richtet sich gegen Jugendliche, die niemals zu Streitposten verwendet werden, gegen Frauen, die ebenfalls nicht Streitpostenreihen, sondern die Frontkrieger des Arbeiterscheeres sind. (Große Heiterkeit.) Auch Widerstand gegen Beamte und Militär wurde hergerufen durch den Schutz, den Polizei und Militär wurde hergerufen durch den Schutz der Behörde gelangt sind. (Lehnsdorf hört hört bei den Sozialdemokraten.) Eine große Reihe von Forderungen sind das, die bei uns erfüllt oder deren Regelung in Angriff genommen ist. Daraus ergibt sich, daß auf dem Gebiete der Fürsorge für die Arbeiter in dem republikanischen Nordamerika, dem kanadischen Lande der individuellen Freiheit, sehr vieles noch nicht geschaffen ist, was wir in Deutschland mit unseren angeblich rückständigen Verfassungen bereits geschaffen haben. Werner stellt sich fest, daß unsere ganze sozialpolitische Entwicklung aus der Initiative der Reichsregierung hervorgegangen ist (Lachen bei den Sozialdemokraten), daß es eine Reihe von Jahren gedauert hat, bis die Gesetze der Sozialdemokraten sich entschlossen haben, für solche Gesetze zu stimmen. (Erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dieser Vergleich mit den Vereinigten Staaten sollte in uns allen das Bewußtsein stärken, daß wir mit unserem heimischen Verhältnissen durchaus zufrieden sein können. Am Anfang daran will ich, ohne mich hier im Hause auf eine Kritik an dem Verhalten eines Mitgliedes dieses Hauses einzulassen, doch allen denen danken, die ihre Neigung gegen das Treiben des Abg. Wetterle ausdrück gegeben haben. (Lehnsdorf rechts.)

wunderbaren Disziplin.

doch bei den Streits die Freiheit anderer nicht angestossen wird, so wird kein Mensch in diesem Hause auf den Gedanken kommen, eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit zu fordern. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Ich war darauf gesetzt, daß der Abg. Fischer der Regierung den Vorwurf mangelnden sozialen Verständnisses machen würde, war aber auf die Begründung gespannt. Und ich muß sagen, die Begründung hat mich enttäuscht. Wenn man aus seinen Ausführungen die残忍的 Momenten ausschließt, die sich aus dem Umstand ergaben, daß ihm ein Teil einer Korrespondenz zwischen mir und dem Minister des Innern in Preußen auf den Tisch gelegt waren, so bleibt wenig übrig. Wesentlich auf diese Korrespondenz, die einen ganz anderen Gegenstand behandelte, basiert der Abg. Fischer die Behauptung auf, das Reichsamt des Innern sei unfähig, irgend eine Aktion auf sozialpolitischem Gebiete auszuführen, zu bringen wegen seiner Abhängigkeit von Preußen. Am übrigen misst er zum Beweis für seine Behauptung der sozialpolitischen Unzulänglichkeit im wesentlichen auf 6 Punkte hin, auf die ich kurz eingehende. Dass eine Ordnung der Arbeitsverhältnisse auf dem Gebiete der Innensicherheit noch nicht erfolgt ist, ist richtig. Wegen der großen Verchiedenartigkeit der Verhältnisse auf den einzelnen Staaten ist eine generelle Regelung kaum möglich. Über spezielle Vorrichtungen für das Stromgebiet des Rheins, wo zweifellos Mängel bestehen, haben Verhandlungen mit den interessierten Kreisen stattgefunden; das Material wird gegenwärtig bearbeitet. Was die Heimarbeit betrifft, so muß die Bildung von Kaufmännischen Zusammenschüssen von den Bundesstaaten angeregt werden. Sowohl mir wie anderen gegenüber gegangen sind, g. V. aus der Sozialfusionsindustrie in Berlin, habe ich sie sofort dem betreffenden Bundesstaat übergeben. Der preußische Handelsminister wird vorzugsweise in kurzen mit einer Reihe solcher Anträge an den Bundesrat herantreten. Ich nehme an, daß als erster der Antrag von Berlin hoffentlich in positivem Sinne entschieden werden wird. Die Ausführungsvorschriften für Kaufmännische sind in der Arbeitsaufsicht der Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiterarbeitsaufsicht sind Anordnungen in Vorbereitung. Weiter sind Vorbereitungen getroffen für eine ausgedehnte Regelung der Arbeitszeit für Arbeitnehmerinnen und jugendliche Arbeiter. — In der Verstärkung der Nach- und Sonntagarbeit in den Fabriken sind wir an die Grenze des Möglichen gegangen und können in Rückicht auf die Gewohnheiten des Publikums und die Bedürfnisse der Betriebe jedenfalls zurück nicht weiter gehen. Haben sich die Vorschriften eingebürgert, so wird sich von selbst die Möglichkeit und der Drang ergeben, weitere Einschränkungen vorzunehmen. Ein Gesetzentwurf betr. Regelung der Sonntagsarbeite in den Fabriken geweckt liegt beim Bundesrat. Die Verhältnisse der Arbeiter in der höheren Eisenindustrie sind erst vor kurzem durch die Verordnung von 1908 geregelt. Es wäre voreilig, auf der Verordnung jetzt schon etwas zu ändern. Die an uns gelungen Wünsche in dieser Richtung werden geprüft werden. Werner ist wieder bestellt worden, daß so wenig Bundesratserwerbungen auf Grund des § 12c der Gewerbeordnung erlassen werden. Das liegt, wie schon im vorigen Jahre betont, daran, daß ein großer Teil der zu regelnden Fragen bereits geregelt ist. Wir haben auf dem Gebiete der Sozialpolitik eine rege Tätigkeit entfaltet, so daß eine gewisse Ruhe notwendig ist, wenn auch der Abg. noch lädt. Wir sind als die Krankenversicherung auf weitere Kreise ausgedehnt; es besteht Unfall- und Invalidenversicherung, Versorgung der Hinterbliebenen. Es soll auf dem Gebiete der Versicherung der Arbeiter noch etwas herkommen? Natürlich werden sich im Laufe der Jahre Gewerkschaften ergeben. Aber das wie auf dem großen Gebiete

der Versicherungsgesetzgebung vorläufig einmal Schluß machen, ist selbsterklärend. Dazu kommt, daß wir über die Arbeiterversicherung schon hinausgegangen sind durch das Angestelltenversicherungsgesetz. Die Zahl der Bestimmungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter ist ebenfalls immer mehr erweitert. Bei erwachsenen Arbeitern haben wir allerdings nur den sanitären Maximalarbeitsstag eingeführt, einen allgemeinen gesetzlichen Maximalarbeitsstag abgelehnt. Das muß der Vereinbarung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern vorbehalten bleiben. Auf jeden Fall ist es falsch, die Zahl der Verordnungen auf Grund des § 12c als Maßstab für unsere Fürsorge für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter anzunehmen. Neben dem Bundesrat können die Bundeszentralverbände Verfügungen erlassen, es können Polizeiverordnungen erlassen werden. Beides ist im echelichen Umfang geschehen. Auch ist die Möglichkeit gegeben und benutzt bei Erteilung von Konzessionen für gesundheitsgefährliche Betriebe Fürsorge für die Gesundheit der Arbeiter zu treffen. Wenn gestern besorden auf die chemische Industrie hingewiesen wurde, so möchte ich betonen, daß jeder Versuch zu einer generellen Regelung dieser Materie an der vorsichtigen Verschwiegenheit der Betriebe scheitert. Es gibt chemische Betriebe, die ziemlich ungefährlich sind, wie Stearinfabriken usw. Trotzdem werden wir die Verhältnisse der besonders gefährlichen Zweige der chemischen Industrie noch vor prüfen. Also wir haben in der weiteren Entwicklung unserer sozialpolitischen Aufgaben nichts unterschlagen. Ich möchte darauf hinweisen, daß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika aus Anlaß der letzten Präsidentenwahl das Programm der neuen Fortschrittspartei sich besonders ausgedeutet durch umfassende Forderungen auf sozialpolitischen Gebieten, die dadurch erkennbar ist, was auf diesem Gebiet in den Vereinigten Staaten alles noch nicht geschaffen ist. Das wird, z. B. gefordert: bessere Volksschulbildung, Verbot der Kinderarbeit, Verbot der Nacharbeit für Frauen usw. usw. Eine große Reihe von Forderungen sind das, die bei uns erfüllt oder deren Regelung in Angriff genommen ist. Daraus ergibt sich, daß auf dem Gebiete der Fürsorge für die Arbeiter in dem republikanischen Nordamerika, dem kanadischen Lande der individuellen Freiheit, sehr vieles noch nicht geschaffen ist, was wir in Deutschland mit unseren angeblich rückständigen Verfassungen bereits geschaffen haben. Werner stellt sich fest, daß unsere ganze sozialpolitische Entwicklung aus der Initiative der Reichsregierung hervorgegangen ist (Lachen bei den Sozialdemokraten), daß es eine Reihe von Jahren gedauert hat, bis die Gesetze der Sozialdemokraten sich entschlossen haben, für solche Gesetze zu stimmen. (Erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dieser Vergleich mit den Vereinigten Staaten sollte in uns allen das Bewußtsein stärken, daß wir mit unserem heimischen Verhältnissen durchaus zufrieden sein können. Am Anfang daran will ich, ohne mich hier im Hause auf eine Kritik an dem Verhalten eines Mitgliedes dieses Hauses einzulassen, doch allen denen danken, die ihre Neigung gegen das Treiben des Abg. Wetterle ausdrück gegeben haben. (Lehnsdorf rechts.)

Abg. v. Große (kont.): Wir schließen uns der allgemeinen Entfernung über das Treiben des Abg. Wetterle an. (Bravo!) — Der Redner wendet sich dann den Wünschen des Mittelstandes zu. Dem Verlangen der Arbeitgeber nach Beseitigung der Nacharbeit stehen wir, rein menschlich betrachtet, sympathisch gegenüber. Aber nur Großbetriebe würden instande sein, ohne Nacharbeit des Morgens frische Wäsche zu liefern, der Mittelstand also hätte den Schaden davon und deshalb müssen wir die Förderung ablehnen. Für die Sozialgesetze hat zunächst der alte Kaiser, und dann in diesem Hause meine Partei die Initiative ergriffen. (Große Heiterkeit links.) Aber Gegenstand der sozialen Fürsorge dürfen nicht nur die Arbeiter sein, sondern vor allem der so sehr gefährdeten Mittelstand. Für ihn erwartet wir von der Regierung nicht nur Errungenschaften, sondern eine rettende Tat. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Schormann (Sp.): Wenn die „Völksfürsorge“ der freien Gewerkschaften und der Genossenschaften nur die staatliche Zwangsversicherung ergänzen soll, können wir nichts dagegen haben. — Ein sehr erheblicher Teil meiner Freunde wünscht, daß der Bundesrat die Unfallversicherung auf gewerbliche Betriebsansiedlungen ausdehnen möchte.

Abg. Schubach (nati.): Ich schließe uns der Fürsorge seiner Partei für den Mittelstand herbei und wünsche, daß das Reichsvereinsgebot den unteren und mittleren Dienstlern gegenüber lokal gehandhabt werde.

Abg. Kurzwanzig (Vol.) führt Geschwader über die Handhabung des Vereinzegesetzes in den polnischen Provinzen Preußens.

Abg. Dr. Werner-Wilhelm (Alt.): Bringt völkliche Wünsche vor und bringt den Einfluß des Judentums, der bis in die höchsten Stellen reicht. Kempinski bezicht Sachsen-Anhalt, Berlin und ebenso die Synagoge in der Joachimstraße könnten sich des jüdischen Besuchs freuen. Ich bedaure das tiefe Interesse des deutschen Adels, der dem deutschen Volke so viele große Männer geliefert hat; z. B. Bismarck und Zeppelin. (Große Heiterkeit.) Auch an sehr hoher Stelle sind Deutsche, die die Interessen des Mittelstandes mit führen treten. (Präsident Kämpf ruft diesen Ausdruck auf lächelnd.) Die Warenhäuser verloren gegen das Gesetz wieder den unteren Wettbewerb und müßten deshalb verboten werden. (Große Heiterkeit.) Die deutschfeindlichen Ausführungen des Abgeordneten Wetterle missbilligen auch wir. Über auch die Freiwilligen haben bei den Handelsvertretern fortgesetzt die Interessen des Auslandes vertreten. (Große Heiterkeit links.)

Präsident Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Werner (Alt.): Über Mangel an sozialem Verständnis bei anderen hat die Sozialdemokratie am wenigsten Recht zu klagen; sie hat gar kein soziales Verständnis für die Bedürfnisse der Landwirtschaft und des Handwerks. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.)

Das Haus verläßt sich.

Abg. Müller-Meiningen stellt in einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Abg. Jcl fest, daß Abg. Wetterle Mitglied des elstürmischen Zentrumsportes ist. (Hört! hört!)

Nächste Sitzung: Donnerstag, 1 Uhr. Weiterberatung des Staa-

t des Innern.

Schluß 7 Uhr

seitig in grundsätzlichen Fragen ausschärfte bekämpfen. Einheitlichkeit kann aber den Verstand am besten vorwärts bringen. Diesen Boden hat der Vorstand jedoch verlassen. (Bravo!)

Hermann-Gieschen: Der Verbandstag in Leipzig habe den Vorstand beauftragt, ein literarisches Bureau zu schaffen. Diesem Auftrag sei aber der Vorstand noch nicht nachgekommen, seine baldige Durchführung sei aber angebracht.

Thoms-Berlin meint, der Ausschussvorsteher Doehe habe sich zu reservieren gehalten. Was Hüttermann gesagt habe, sei aber den Kollegen nicht mehr neu. Der Vorstand habe sich an die statutarischen Verhältnisse zu halten, das habe er aber nicht getan.

Kries-Königsberg: Wir hatten bisher zwischen Vorstand und Ausschuss ein harmonisches Verhältnis. Um so mehr muß man den gegenwärtigen Zustand bedauern. In den Ausschüssen werden uns alle Gewohnheitsrechte genommen. Die eingetragenen Sparten hatten früher mehr Rechte. Den Stoffateuren ist aber der Vorstand zu sehr entgegengekommen, er hat ihnen mehr Rechte gegeben, als wir haben. — Innerhalb der Vertragsperiode unserer Tarifverträge haben wir die Möglichkeit, recht viele Verträge mit einer anderen Ablauftermine neu abzuschließen. Das haben wir aber nicht getan. Die Tarif der Holzarbeiter wäre für uns sicher auch angebracht.

Silberschmidt-Berlin: Der Verlauf der Debatte wird die Delegierten sicher recht eigenartig berühren. Sicher kommen auf unseren Verbandstagen zwischen den leitenden Personen keine herzlichen Auseinandersetzungen zum Ausdruck. Diese haben die Kollegen wohl sicherlich erfüllt. (Sehr richtig!) Ich halte es für meine Pflicht, zu erklären, wenn auch die Meinungen über unsere Tarife bei den Bohrwerbegesellschaften auseinandergehen, so sind wir doch nach reiflicher Prüfung und Überlegung zu einer völligen Einmütigkeit in dieser Frage gekommen. (Wieder!) Auch die anderen Organisationen und

mit uns hier einig. Bezuglich der Differenzen des Ausschusses mit dem Vorstand muß ich sagen, wir können uns nicht nur auf das Statut stützen. Bei uns ist bei weitem nicht alles statutarisch geordnet. Es haben sich neben dem geschriebenen Recht Gebrauchs- und Gewohnheitsrechte herausgebildet. Diese Rechte kann man aber auch als statutarische ansprechen. (Sehr richtig!) Ich muß dem Ausschuss beibringen, daß das Gewohnheitsrecht, daß er bei wichtigen Fragen mit berücksichtigt werden darf. Das hätte ein Verbandstag tun müssen. Das geht auch gegen meine Empfindung, daß der Vorstand die Rechte des Ausschusses beschnitten hat. Wenn jetzt ein Abbruch der diplomatischen Verhandlungen der beiden Hälften (Heiterkeit) eingetreten ist, so ist dies auf einen Willensakt des Vorstandes zurückzuführen, wozu der Vorstand kein Recht hatte. (Sehr richtig!) Pacplow sollte nicht so viel von Demokratie reden; in diesem Falle war die höhere Demokratie sicher nicht auf Seite des Vorstandes. Daß sie hat ja erkannt, daß sich der Vorstand in gutem Glauben befand. Damit ist eine Wahn gegeben, auf der wir weiter schreiten können. Wir müssen den Weg finden, daß die Arbeitseinheit der im Betracht kommenden Störer für die Zukunft gewahrt bleibt. (Schäffer Weiß)

Gauleiter Horster-Karlstraße: Das im neuen Verbande nicht alles gleich so ging, wie im Interesse der Organisation notwendig, sei ja begreiflich. Der Verbandstag soll aber den Wunsch aus sprechen, daß alle Arbeiten so erlebt werden, daß die Kollegen draußen befriedigt sind. Man hat manchmal den Eindruck, als ob es an dem guten Willen liege. Es gibt es bei der Expedition mancherlei Mängel. Wir müssen in dem von Silberschmidt interpretierten Sinne weiter arbeiten.

Pacplow-Hamburg (Vorstandsmittel) beantwortet zunächst die Anfrage wegen der Volksfürsorge, die noch nicht in Kraft treten könne, da die Genehmigung der Behörde noch aussteht. Es seien viele Kräfte am Werk, und die Volksfürsorge unmöglich zu machen. Trotzdem sei zu hoffen, daß sich die Aufsichtsbehörde nicht erhalten läßt, die Genehmigung zu ertheilen. Der Bauarbeiterverband sei an der Versicherung wie alle Gewerkschaften beteiligt. Dann ging Pacplow in längerer Rede auf die Streitpunkte ein. Die jüngsten Darstellungen Hüttermans und Silberschmidts sind nicht zutreffend. Zwischen dem früheren Vorstand und dem Ausschuß und den Gauvorständen hat nicht die Einmündigkeit bestanden, wie es heute hingestellt wird. Bömelburg hat die Gauleiter unter Rückhalt gehabt (Sehr richtig!), und ich kann ihnen nachfühlen, daß sie nun gleich noch mehr abdrücken wollen. In dem Verhältnis zwischen Vorstand, Ausschuß und Gauvorständen, wie es durch mich mit geschaffen wurde, ist nichts geändert worden. In einem viel größeren Maße wie früher ist der Ausschuß von allem unterrichtet worden, was der Vorstand vor hatte. Dasselbe trifft für die Gauvorstände zu. Wenn Hüttermann sagt, daß die Streitigkeiten ihre Ursache in der Lohnbewegung hätten, so ist dies durchaus unrichtig. Silberschmidt sagt schon, daß wir uns in dieser Frage völlig geeinigt haben: auf einen Standpunkt, der sachlich genau das will, was der Vorstand von Anbeginn im Auge hatte. Die Ursache der Differenzen ist persönlicher Natur. Redner sucht, daß der jüngeren Ausführungen nachzuweisen. Ich bin der Ansicht, daß der Ausschuß dem Vorstand Unrecht getan hat, nichtdestoweniger wünsche ich, daß der Kollege Daehne noch recht lange Ausschußvorsitzender bleibt. Ich habe die Geschäfte im Vorstand so weiter geführt, wie sie früher ge-

führt wurden. Es wurde von mir immer erklärt, es kann nur ein Provisorium bis zum nächsten Verbandstag sein, dem Verbandstag nicht vorgegriffen werden. Wie die Dinge nun liegen, welche Stellung die Gauvorständen einnehmen, so kann ich erklären, ich werde niemals daran denken, für den Posten des ersten Vorsitzenden im Deutschen Bauarbeiterverband zu kandidieren. (Bewegung.)

Nach einer Pause polemisierte Gauleiter Muhs-Köhn in scharfer Form gegen Pacplow.

Silberschmidt-Berlin betont, die Meinungsverschiedenheiten dürfen nicht in einem Auseinander ausdringen, man müsse zusammenkommen. Silberschmidt schlägt vor, eine Kommission einzulegen, die sich mit der ganzen Frage beschäftigen soll. Redner erklärt dann, mit dem Schreiben des Vorstandes, in dem er Pacplow als Vertreter Bömelburgs vorgeschlagen habe, hätte er es jedem anderen unmöglich gemacht, andere Posten anzunehmen. (Sehr richtig!) Er habe noch nie daran gedacht, diesen Posten bekleiden zu wollen, und bitte, ihm bei dieser Frage völlig auszurichten. Es müsse immer noch versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Silberschmidt hofft, daß Pacplow an der Stelle bleibt, wo er steht. (Beifall.)

Ein Schlusshand, der schon zweimal abgelehnt war, wurde nun mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Annahme fand dann ein Antrag, die Streitfrage Vorstand-Ausschuß einer 21gliedrigen Kommission zu übertragen, die in einer späteren Sitzung berichten soll.

In einer Abendrede werden die Schlusshandworte entgegengenommen.

Außerordentl. internationale Bauarbeiter-Konferenz.

K. Zena, 13. Januar.

Anlässlich des Verbandstages des Bauarbeiterverbundes begann heute abend im Weimarschen Hof eine außerordentliche internationale Bauarbeiterkonferenz, die sich besonders nötig macht, da der internationale Sekretär Genoss Bömelburg, gestorben ist, aber auch wichtige Fragen erledigt werden sollten. Die Konferenz ist von 24 Delegierten besucht. Auf die einzelnen Länder entfielen Vertreter: Deutschland 10, Schweiz 2, Italien 1, Frankreich 1, Österreich 3, Ungarn 2, Schweden 1, Norwegen 1, Dänemark 1, Belgien und Holland 1. Als Vorsitzender fungieren Janson-Berlin, Pessi-Karlsruhe und Künnzel-Basel.

Pacplow in Hamburg, der selbstvertretende internationale Sekretär, gab zunächst die Abrechnung des internationalen Sekretariats für die letzten Jahre. Im Jahre 1912 leisteten die angehörenden Verbände Beiträge von 9147 M. Für die ausgewählten Kollegen in Finnland gingen 10 000 M. ein. Der Jahresbetrag des internationalen Sekretariats stieg von 6789 M. im Jahre 1911 auf 16 476 M. 1912.

Die Abrechnung wurde gutgeheissen.

Pacplow sah dann eine Reihe wichtiger Fragen auf, die dahin gingen: 1. Ob 1914, anlässlich des internationalen Sozialistenkongresses, die ordentliche Konferenz stattfinden oder ob diese nun verschoben werden soll. 2. Ob besondere Grundlage dafür aufgestellt werden sollen, wann die Hilfe der Internationale bei Streiks in Anspruch genommen werden soll. 3. Schilderte Pacplow die schwierig

sten bei der Leitung des Sekretariats, die notwendig machen, daß die Anstellung eines ständigen internationalen Sekretärs erwogen werde.

Diese Ausführungen zeitigten eine längere Diskussion, in der die Vertreter der einzelnen Länder ihre Ansicht präzisierten.

Chairman Budapest tritt dafür ein, daß der ordentliche Kongress nächstes Jahr in Wien stattfindet.

Chairman Berlin wünscht, daß es bezüglich des internationalen Sekretärs beim jetzigen Zustand verbleiben bleibt. Die Spätenschwierigkeiten könnten leicht überwunden werden.

Chairman Wien plädiert auch dafür, daß die nächste Konferenz 1914 in Wien tagt. Die Geschäftsführung des internationalen Sekretariats beschließe nicht voll. Der innere Kontakt zwischen den einzelnen Ländern fehle. Bei der nächsten Konferenz solle ein Sekretär fest angestellt werden, bis dahin aber soll das Provisorium bleiben.

Chairman Holland meint, das internationale Sekretariat müsse eine größere Bedeutung bekommen. Es wünscht als internationalem Sekretär keinen besoldeten Beamten, sondern einen Kollegen, der an der Spitze einer Bau-Organisation steht. Es müsse jemand sein, der die Baubewegungen beurteilen kann, um einen Rat geben zu können. Die Internationale solle bei Bewegungen nur in äußersten Fällen in Anspruch genommen werden.

Die finnischen Delegierten liehen durch ihren Vorsitzenden zu erklären, daß sie mit der Abhaltung der ordentlichen Konferenz 1914 in Wien einverstanden sind. Die Anstellung eines Sekretärs könnte heute nicht beschlossen werden. Bis zum nächsten Kongress solle das Sekretariat nähere Bestimmungen über die internationale Hilfe bei Streiks aussarbeiten und diesen Kongress vorlegen. Der internationale Sekretär müsse ein Mann sein, der in der Bauarbeiterbewegung eine leitende Stellung einnehme.

Nicolaï-Paris: Das Datum, wann die nächste Konferenz stattfinden, habe für seine Bedeutung, es brauche nicht mit dem für den internationalen Sozialistenkongress zusammenzufallen. Über die Frage der internationale Unterstützung bei Streiks müsse ein bestimmtes Reglement geschaffen werden.

Pacplow sah dann das Ergebnis der Besprechung zusammen. Die nächste internationale Konferenz wird also 1914 in Wien abgehalten. Über die Anstellung eines internationalen Sekretärs und über die Regelung der Unterstützung durch das internationale Sekretariat bei Streiks soll diese Konferenz endgültige Beschlüsse fassen.

Um 11:30 Uhr wurden die Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

Tymians Thalia-Theater
Kontraktionslos ist nur Täglich 8.20 Uhr
Einstieg Linie 5 u. 7
Treffden-N. Görlitzer Str. 6 Leipzig. 4880
Sonntags 3 Vorstellungen: Um 11, 4 u. 8 Uhr. Zum
Kaufschoppen 20 u. 30 Pf. Entree. Tennenb. „Damenkaffee“
Burggärt. Woche u. Sonnt. nachm. gültig.

Hasen! Hasen!

gespickt, die stärksten

zum Aussuchen à Stück nur 4.25

Hasenläufchen à Paar 75 Pf.

Hasenkeulen von 1.50 an

Hasenrücken von 1.85 an

Grosse Hasenklein à Stück 30 Pf.

Infolge Zusammentreffens mehrerer grosser Jagden gelangen diese Woche ausgesuchte starke Hasen zu dem billigen Preise zum Verkauf, demnach der beste und billigste Braten; bei dem günstigen Wetter bitte beizeiten einzukaufen.

Ferner offeriere:

Fasanhennen à Stück 2.50

Fasanhähne à Stück 3.50

Rehrücken, gespickt 8-10 M.

Geteilte Gänse

bedeutend billiger.

Halbe Gänse	von 2.50 an
Viertel Gänse	von 1.25 an
Gänsekeulen	von 1.00 an
Gänserücken	von 60 Pf. an
Gänseklein à Stück 1.00	

Frisches Pökelfleisch nur Keulen und Brust (kein Gänseklein) à Pfund nur 1.00

Bratlebern von 60 Pf. an

Ferner alle Sorten Koch- und Brathähnchen, Enten und sonstiges Geflügel täglich frisch.

Feinste Tafelbutter Pfund 135 Pf.

Garantiert frische Eier eine Mandel 140 Pf.

Rosa Pacovsky, Webergasse 21.

Telephon 6349.

Arbeiter, übt Solidarität!
Kauf nur Zigaretten von fairen
treuen Firmen!

Einfach allen
Parteigenossen

meine vorigglischen

Zigarren

Günstig für Wiederbeschaffung!
Kredit nach Überrechnung. Jeder
Besuch führt zu dauernder Kunden-
schaft. Üb. Preisliste gratis u. franko.

Ernst Wenzel
Sohland a. d. Spree.

Dauer-Wäsche
extrem billig.

R. Freisleben
Postplatz.
Man arbeitet auf Firma.

Herren-Wäsche
Krawatten, Blaue Anzüge
fast man am billigsten bei

E. Köhler, Aufl.

Masken-Garderobe für Damen
und Herren elegant und billig, zu verleihen.
Zum Landsknecht, Bornh. Unger, Tredder
Strassenbahnhof 7. Haltestelle Domzenzillernstrasse.

„Erna“ Sprechapparate mit u. ohne Trickier. Teilzahlung
gestattet. Platten und Rodeln, alle guten Marken.
Eigene Bau- und Reparatur-Anstalt.

Ernst Noack, Bürgerstraße 8.

Kino Briesnitz.

Donnerstag u. Freitag, den 16. u. 17. Januar: Geopfert für den
König. Der Diamantentanz. Eine Hirschjagd. Sonn-
abend und Sonntag: Die Angst vor der Zukunft. Ein mütter-
liches Öster. — Anfang: wochentags 1/2 Uhr, Sonntags 2 Uhr.

Bom 17. bis 27. Januar d. J. verabreiche ich:

1 Pfund Saalestern und

1 Pfd. II. Marmelade oder

1 Karton Pralinés zusammen für 93 Pf.

2 Pfund Saalestern und

1/2 Pfd. garantiert

reinen Kakao zusammen für 186 Pf.

3 Pfund Saalestern und

5 Pfund Sterne über

1 FL. Heidelbeer- oder

Johannisbeer-Wein zusammen für 300 Pf.

Elsa Vogel, Deuben, Dresdner Str. 66.

Gänse

nebr. russ. Vid. 50-70 Pf.

Max Wolf

Tredden, Am Zwickerhaus 11.

Maskengarderobe

und Perücken

verleiht M. Göpfert

St. Blasienstr. 6, Ob. I.

Größe Feinheit. Billig Preise.

Kino Leuben-Laubegast
empfiehlt sich einer geneigten Beachtung.
Die Direktion.

Zeige hiermit ergebenst an, daß ich die bis zum 13. Januar
innegehabte

Bäckerei, Dr. Löbau, Wallstraße 19

an Herrn A. Tischler übergeben habe. Für das mit ge-
schickter Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, daß selbe auch
auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Paul Richter, Bäckereimeister.

Auf obiges Bezug nehmend, teilen wir hierdurch mit, daß
wir bemüht sein werden, in sämtlichen Bäckwaren nur das
Beste zu bieten. Wir bitten die werte Kundlichkeit und Rücksicht,
daß unserm Böhlener gelesenen Vertrauen auch auf uns
übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

A. Tischler und Frau

Mutterkrippe

Hygiene, Frauenartikel

Frau Heusinger

• • • am Ecke 37 • • •

• • • am Zippelbäcker Platz

